

## Inhalt

Rückkehr in den Arbeitsmarkt  
oder Verbleib im (vor-)  
Ruhestand? 1

Gleichgeschlechtliche Partner-  
schaften in Deutschland 7

Schwer befragbar und vernach-  
lässigbar? Die Bevölkerung in  
Gemeinschaftsunterkünften 13

## Rückkehr in den Arbeitsmarkt oder Verbleib im (vor-) Ruhestand?

Empirische Analysen zu den Erwerbsabsichten von  
älteren Nicht-Erwerbstätigen<sup>1</sup>

*Dirk Hofäcker & Marc André Kellert*

Universität Duisburg-Essen

*Jenseits soziodemographischer Merkmale (wie Alter, Geschlecht, Gesundheit oder Bildungshintergrund) stellt die individuelle Erwerbsmotivation einen der wesentlichen Einflussfaktoren bei der Entscheidung älterer Menschen über die Erwerbstätigkeit im höheren Erwerbsalter bzw. die Ruhestandsentscheidung dar. Traditionell liegt in der bisherigen Forschung zur Alterserwerbstätigkeit der Fokus auf Personen in Beschäftigung und deren Gründen zur Bereitschaft in dieser zu verbleiben. Der vorgesehene Beitrag erweitert den Blick auf die Erwerbsmotivation derjenigen Personen, die sich nicht (mehr) in Beschäftigung befinden. Diese bisher kaum erforschte Gruppe ist von besonderer Wichtigkeit, da für die politisch angestrebte Erhöhung der Anzahl älterer Erwerbstätiger neben dem längeren Verbleib derselben im Erwerbsleben ebenso die Reintegration von Personen, die den Arbeitsmarkt vor Erreichen des Rentenalters verlassen, angestrebt werden sollte.*

### Die Politik des „Aktiven Alters“ und die Verlängerung von Erwerbskarrieren älterer Arbeitnehmer\*innen

Deutschland weist – ähnlich wie eine Reihe anderer westlicher Industriestaaten – eine alternde Bevölkerung auf. Das Zusammenspiel einer geringen Geburtenrate unterhalb des sogenannten Bestandserhaltungsniveaus und einer kontinuierlich steigenden

Lebenserwartung trägt dazu bei, dass einem geringer werdenden Anteil junger Menschen ein steigender Anteil älterer und hochaltriger Menschen gegenübersteht. Dieser grundsätzliche Trend wird durch das Altern der geburtenstarken „Babyboomer-Generation“ nochmals verstärkt (vgl. z.B. BiB 2016).

Die hierdurch entstehenden Altersverschiebungen sind auch für den Arbeitsmarkt von Bedeutung: zum einen wird sich hierdurch die Altersstruktur der

erwerbstätigen Bevölkerung verändern (ibid., S. 20ff.); zum anderen erscheint die jahrzehntelange Praxis einer „Frühverrentung“ älterer Arbeitnehmer (weit) vor Erreichen des offiziellen Renteneintrittsalters als renten- und finanzpolitisch nicht länger tragbar. Bereits seit Mitte der 1990er Jahre hat die deutsche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik entsprechend einen Wandel hin zu einer Politik des „aktiven Alterns“ vollzogen (Ebbinghaus & Hofäcker 2013; Hofäcker et al. 2016; Jepsen et al. 2002). Rentenpolitische Reformen sollen finanzielle Anreize für die Fortführung der Erwerbskarriere bis zum offiziellen Ruhestandsalter (oder sogar darüber hinaus) schaffen. Gleichzeitig sollen Maßnahmen des lebenslangen Lernens sowie die arbeitsmarktpolitische Unterstützung der Erwerbstätigkeit älterer Menschen deren Beschäftigungsfähigkeit verbessern und sie somit in die Lage versetzen, eine Fortführung der Erwerbskarriere zu meistern. In der Tat zeigt sich seit der Jahrtausendwende ein Trend zur zunehmenden Umkehr des Frühverrentungstrends (BiB 2018; Ebbinghaus & Hofäcker 2013; Hofäcker & Naumann 2015). Deutschland weist im Vergleich zu vielen anderen europäischen Staaten sogar eine überdurchschnittlich hohe Steigerung der Erwerbstätigenquote Älterer auf (Ebbinghaus & Hofäcker 2013).

### Die Rückkehr sozialer Ungleichheiten in der späten Erwerbskarriere

Trotz dieser allgemeinen Trendwende belegen aktuelle Studien, dass sich der Trend einer verlängerten Erwerbskarriere nicht in vergleichbarer Weise für unterschiedliche Arbeitsmarktgruppen vollzieht. So zeigen zwar Hofäcker & Naumann (2015), dass sowohl niedrig als auch hoch gebildete Arbeitnehmer in Deutschland zunehmend länger im Arbeitsmarkt verbleiben, jedoch tun sie dies aus sehr unterschiedlichen Gründen (vgl. Hofäcker et al. 2019): während höher gebildete Arbeitnehmer\*innen eine Fortführung ihrer Erwerbskarriere meist aus intrinsischen Motiven anstreben, finden sich bei Arbeitnehmer\*innen mit gerin-

geren Humankapitalressourcen häufiger Motive finanzieller Notwendigkeit für die Fortführung der Erwerbstätigkeit.

Hess gelangt zu ähnlichen Ergebnissen hinsichtlich von Ruhestands*erwartungen*: auf Basis europäisch vergleichender Daten verdeutlicht er, dass die Angleichung des erwarteten Ruhestandsalters an vollzogene Rentenreformen sich bei hoch gebildeten Befragten deutlich schneller vollzieht als bei Personen mit geringer Bildung (Hess 2017). Ebenso lässt sich nachweisen, dass infolge dieses Trends in Deutschland (ideale) Ruhestandswünsche und (realistische) Ruhestandserwartungen für Personen mit geringer Bildung deutlich stärker auseinanderfallen als bei Personen mit höherer Bildung (Hess 2018). Insbesondere für die Erstgenannten ist entsprechend von einer zunehmenden Unfreiwilligkeit der Ruhestandsentscheidung auszugehen.

Trotz eines allgemeinen Anstiegs des faktischen ebenso wie des erwarteten Ruhestandsalters treten somit „traditionelle“ soziale Ungleichheiten in der *Qualität* des Ruhestandsübergangs zwischen Arbeitnehmer\*innen mit geringen und mit hohen Humankapitalressourcen wieder deutlicher zu Tage.

### Nicht-Erwerbstätige als Forschungslücke

Den zuvor genannten Studien gemeinsam ist, dass sie sich in ihren Aussagen auf *noch erwerbstätige Personen* beziehen – seien es die Ruhestandsübergänge ehemaliger oder die zukünftigen Ruhestandspläne gegenwärtiger Arbeitsmarktkohorten. Dieser Fokus erscheint zweifelsohne gerechtfertigt, da die durch die Politik des „aktiven Alterns“ angestrebte Verlängerung der Erwerbstätigkeit Älterer maßgeblich von der Beibehaltung älterer Erwerbstätiger im Arbeitsmarkt abhängt. Gleichwohl kann eine derartige Politik auch auf die Arbeitsmarktrückkehr derjenigen Personen abzielen, welche diesen vor Erreichen des regulären Rentenalters vorzeitig verlassen hatten. Zu dieser Gruppe der Nicht-Erwerbstätigen und ihren Rückkehrintentionen liegen bislang kaum, und wenn, dann meist nur

vergleichsweise allgemeine Befunde vor. So zeigen etwa Micheel et al. (2018) auf Basis der 2. Welle der TOP-Studie, dass ein nicht geringerer Teil von ca. 40% der Ruheständler und Ruheständlerinnen im Alter von 60 Jahren und älter durchaus noch eine Absicht zu arbeiten aufweist. Eine genauere Betrachtung der Gründe für oder gegen eine solche angestrebte Erwerbstätigkeit bleibt hier hingegen aus. Gleichwohl erscheinen derartige Gründe für eine mögliche „Reaktivierung“ Nicht-Erwerbstätiger als von zentraler Bedeutung.

Hier setzt die vorliegende Analyse der deutschen TOP-Studie von 2013 an. Anhand dieser Daten soll zunächst in einem ersten Schritt untersucht werden, in welchem Ausmaß *nicht-erwerbstätige Personen* sich eine erneute Aufnahme einer Beschäftigung vorstellen können. Daran anschließend analysieren wir, (i) welche Gründe ältere Nichterwerbstätige ohne Rückkehrbereitschaft davon abhalten eine erneute Beschäftigung anzustreben und (ii) unter welchen Bedingungen prinzipiell Rückkehrbereite zu einer erneuten Erwerbsaufnahme bereit wären. Für beide Forschungsfragen kombinieren wir hierbei eine Beschreibung im (gesamtdutschen) Aggregat mit differenzierteren Analysen der Unterschiede zwischen sozialen Gruppen.

Die vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) in Wiesbaden verantwortete TOP-Studie („Transition and Old Age Potential“) stellt eine repräsentative Befragung der 1942-1958 geborenen Geburtsjahrgänge dar. Die 2013 erhobenen Daten der ersten Welle beinhalten sowohl umfangreiche Informationen über die individuellen Gründe, welche Personen dazu veranlassen haben, ihre Beschäftigung vor dem regulären Renteneintritt zu beenden, als auch deren Bereitschaft, eine Erwerbstätigkeit (wieder) aufzunehmen (Sackreuther et al., 2015). Wir beschränken unser Untersuchungssample auf diejenigen nicht-erwerbstätigen Personen, die zum Untersuchungszeitpunkt 2013 mindestens 55 Jahre alt sind, sich aber gleichzeitig noch vor dem offiziellen Ruhestandsalter von 65 Jahren befinden. Die Gruppe der Nicht-Erwerbstätigen

umfasst dabei sowohl früh verrentete als auch gemäß selbst definiertem Erwerbsstatus inaktive oder arbeitslose Personen. Der Fokus liegt damit auf den prinzipiell noch im erwerbsfähigen Alter befindlichen nicht-erwerbstätigen Personen und ihren zukünftigen Rückkehrintentionen sowie deren Begründung.

### Von der Freude an der Arbeit bis zur finanziellen Notwendigkeit - Gründe für eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt

Tabelle 1 gibt zunächst die Verteilung der Rückkehrbereitschaft innerhalb der o.g. Gruppe wieder. Die Grundlage hierfür bildete die Frage, inwiefern sich die Befragten vorstellen könnten, nach Erreichen des Ruhestandsalters wieder eine Erwerbstätigkeit in Teilzeit- oder Vollzeitarbeit aufzunehmen. Zusammengefasst wurden hier die Antworten derjenigen, die sich eine Erwerbstätigkeit auf einer 4-stufigen Skala „sehr gut vorstellen“ oder „eher vorstellen“ konnten.<sup>2</sup> Je nach Antwort wurden den Befragten anschließend verschiedene Gründe für

oder gegen die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit im Ruhestandsalter zur Auswahl gestellt, wobei Mehrfachnennungen möglich waren. Die tabellarische Darstellung gibt den Anteil derjenigen Befragten wieder, die den jeweiligen Grund als eine mögliche Begründung für ihre (fehlende) Rückkehrbereitschaft auf einer 4-stufigen Skala als „voll und ganz“ oder „eher“ zutreffend angegeben haben.<sup>3</sup>

Tabelle 1 verdeutlicht zunächst, dass im Einklang mit den Ergebnissen von Micheel et al. (2018) etwa 40% aller nicht mehr erwerbstätigen Befragten im Vorruhestandsalter sich prinzipiell eine Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit im Ruhestand vorstellen können. Diese vergleichsweise hohe Zahl verdeutlicht, dass innerhalb der nicht-erwerbstätigen Bevölkerung durchaus ein beträchtliches Aktivierungspotential vorliegt. Ein Großteil dieser Gruppe von Befragten bringt dabei die eigene Rückkehrbereitschaft mit „positiven“ intrinsischen Gründen in Verbindung. Mehr als vier Fünftel der Befragten führen als Motivation für eine mögliche Rückkehr in den Arbeitsmarkt

an, geistig fit bleiben zu wollen, Spaß an der Arbeit oder Kontakt zu anderen Menschen zu haben bzw. Wissen und Erfahrungen weitergeben zu können. Etwa drei Viertel der Befragten führen zudem als Motivation für eine Rückkehr das Gefühl an, von anderen gebraucht zu werden, Anerkennung und Wertschätzung zu erfahren bzw. Möglichkeiten zur Weiterbildung/Weiterentwicklung zu erhalten. Die Antwortmöglichkeit „weiterhin Geld zu verdienen“ verweist noch am ehesten auf extrinsische Gründe in Form einer stärkeren finanziellen Notwendigkeit zur Weiterarbeit im Ruhestand; sie wird ebenfalls von ca. drei Vierteln aller Befragten genannt. Gleichwohl kann diese Antwort auch von Befragten gewählt worden sein, die einen weiteren Geldverdienst im Sinne eines „Zusatz Einkommens“ im Alter ohne strikte finanzielle Notwendigkeit anstreben, so dass dieses Item mehrdeutig bleibt. Lediglich die Hälfte der Befragten zieht eine Erwerbstätigkeit zur Strukturierung des eigenen Tagesablaufs in Betracht.

### Von der Zufriedenheit mit dem Ruhestand bis hin zu fehlenden Arbeitsmarktchancen - Gründe gegen eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt

Ca. 60 % der Befragten der TOP-Studie 2013 geben an, im Ruhestandsalter nicht mehr erwerbstätig sein zu wollen: Auch hier werden mehrheitlich „positive“ Gründe für einen Verbleib in der Nicht-erwerbstätigkeit genannt. Ca. drei Viertel geben als Grund für ihre mangelnde Rückkehrbereitschaft an, mehr Zeit für sich selbst oder ihre Familie haben zu wollen oder sind der Ansicht, „genug gearbeitet“ zu haben. Etwa 60% sehen explizit keine finanzielle Notwendigkeit mehr für eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Weniger als die Hälfte gibt als familiären Grund für die mangelnde Rückkehrbereitschaft die zeitliche Koordination des eigenen Ruhestandsübergangs mit dem Partner an.

Neben diesen eher „positiven“ Gründen finden sich auch eine Reihe von Angaben, die auf einen eher unfreiwilligen Verbleib in der Nicht-Erwerbs-

**Tabelle 1** Bereitschaft zur Arbeitsmarktrückkehr im Ruhestand und damit verknüpfte Gründe

Bereitschaft zur Arbeitsmarktrückkehr	Gründe für/gegen die Arbeitsmarktrückkehr	
<b>Ja</b>	<b>39,9% (N=220)</b>	<b>Gründe für Arbeit im Ruhestand</b>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ geistig fit zu bleiben 93,6%</li> <li>▪ Spaß an der Arbeit. 90,0%</li> <li>▪ Kontakt zu anderen Menschen 86,8%</li> <li>▪ Weitergabe von Wissen und Erfahrungen 80,5%</li> <li>▪ weiterhin Geld zu verdienen 78,7%</li> <li>▪ das Gefühl, gebraucht zu werden 75,0%</li> <li>▪ Anerkennung und Wertschätzung. 74,1%</li> <li>▪ Weiterentwicklung und Weiterbildung 73,2%</li> <li>▪ ein geregelter Tagesablauf 51,4%</li> </ul>
<b>Nein</b>	<b>60,1% (N=331)</b>	<b>Im Ruhestand möchte ich nicht mehr arbeiten, weil...</b>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ ich mehr Zeit für mich möchte 75,4%</li> <li>▪ ich genug gearbeitet habe. 68,0%</li> <li>▪ ich mehr Zeit mit der Familie verbringen möchte 66,0%</li> <li>▪ es finanziell nicht notwendig ist 61,0%</li> <li>▪ ich gesundheitliche Probleme habe. 51,4%</li> <li>▪ ich gemeinsam mit meinem Partner/in den Ruhestand gehen möchte 40,2%</li> <li>▪ ich keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt habe 36,5%</li> <li>▪ ich eine kranke oder pflegebedürftige Person betreuen muss 16,0%</li> <li>▪ ich keinen Spaß an der Arbeit habe 12,0%</li> </ul>

Datenbasis: Transition and old age potential (TOP) 2013

tätigkeit hindeuten. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei der mangelnden Gesundheit zu, die etwa die Hälfte der nicht rückkehrbereiten Befragten als Begründung für ihren Verbleib in der Nicht-Erwerbstätigkeit anführt. Immerhin ein Drittel der Befragten verweist zudem auf die Befürchtung mangelnder Chancen am Arbeitsmarkt, die eine Rückkehr aus ihrer Sicht unmöglich machen. Nur ein geringer Teil der Befragten gibt an, eine zukünftige Arbeitsmarktrückkehr aufgrund von Pflegeverantwortlichkeiten oder fehlendem Spaß an der Arbeit auszuschließen.

### Weitere Polarisierung am Arbeitsmarkt – Unterschiede in der Rückkehrbereitschaft und den Rückkehrmotiven

Insbesondere die Ergebnisse zu den Gründen einer Nicht-Rückkehr in den Arbeitsmarkt deuten darauf hin, dass bemerkenswerte Unterschiede in der unterstellten Freiwilligkeit der Entscheidung für eine Arbeitsrückkehr oder einen Verbleib in der Nicht-Erwerbstätigkeit existieren. Während einige Befragte sich offenbar verhältnismäßig frei entlang ihrer individuellen Präferenzen für eine zukünftige Erwerbstätigkeit bzw. den Verbleib in Nicht-Erwerbstätigkeit entscheiden können, fühlt sich ein nicht geringer Teil durch gesundheitliche bzw. arbeitsmarktbezogene Hürden von einer zukünftigen Erwerbstätigkeit ausgeschlossen bzw. strebt primär aus finanzieller Notwendigkeit eine zukünftige Arbeit im Ruhestandsalter an.

Es gilt nun zu prüfen, welche Gruppen von Beschäftigten diesen beiden „Polen“ positiver und negativer Gründe zuzuordnen sind. Die folgenden Tabellen geben dabei die Ergebnisse verschiedener bivariater Analysen wieder, in denen zunächst die Entscheidung für oder gegen eine Erwerbstätigkeit in Beziehung zu verschiedenen soziodemographischen Charakteristika gesetzt wurde (Tabelle 2). Weitere bivariate Analysen greifen ausgewählte Gründe für einen Verbleib in der Nicht-Erwerbstätigkeit auf: die fehlende finanzielle Notwendigkeit als „positiver“ Grund (Tabelle 3) sowie die Antizipation mangelnder Arbeitsmarktchancen

als „negativer“ Grund<sup>4</sup> (Tabelle 4). Die entsprechenden abhängigen Variablen werden dabei in Beziehung gesetzt zu diversen (erklärenden) sozio-demographischen Variablen, die aus Gründen besserer Vergleichbarkeit dichotomisiert wurden: Hierzu zählen sowohl grundlegende soziodemographische Basisindikatoren wie etwa das *Alter* (55-59 Jahre), der *Wohnort* (alte vs. neue Bundesländer) und der *Schulabschluss* (tertiärer Schulabschluss vs. andere Schulabschlüsse): Die *finanzielle Zufriedenheit* (zufrieden vs. nicht zufrieden; abgeleitet aus einer vierstufigen Skala) sowie das Vorhandensein von *Wohneigentum* werden als Proxy-Indikatoren der finanziellen Situation der Befragten eingesetzt. Die *subjektive allgemeine Gesundheit* (gut vs. schlecht, abgeleitet aus einer vierstufigen Skala), sowie das *Ausüben körperlich belastender Tätigkeiten* werden als Indikatoren gesundheitsrelevanter Arbeitsbelastungen berücksichtigt. Wiedergegeben in den Tabellen 2 bis 4 sind jeweils die Werte für den beta-Koeffizienten bivariater logistischer Regressionen (mit der Erwerbsneigung bzw. den respektiven Gründen für/gegen eine Erwerbstätigkeit als abhängige Variable). Aus Platzgründen sind dabei nur die Zusammenhänge wiedergegeben, die bei einem  $\alpha$ -Fehler von maximal 0,1 statistische Signifikanz erreichen. Auf die Durchführung komplexerer multivariater Analysen wurde aufgrund der verhältnismäßig geringen Fallzahl und der mitunter asymmetrischen Verteilung der einzelnen unabhängigen Variablen verzichtet.

Tabelle 2 gibt zunächst einen Über-

blick über die bivariaten Zusammenhänge zwischen der *grundsätzlichen Rückkehrbereitschaft* und den verschiedenen soziodemographischen Indikatoren. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Rückkehrbereitschaft bei Nicht-Erwerbstätigen in ihren späten 50ern höher ausfällt als bei Personen im unmittelbaren Ruhestandsalter von 60-64 Jahren. Die bei der deskriptiven Betrachtung der Gründe für eine (Nicht-)Rückkehr in den Arbeitsmarkt erkennbare Polarisierung zeigt sich hinsichtlich der weiteren soziodemographischen Indikatoren. Einen Verbleib in Nicht-Erwerbstätigkeit präferieren zum einen Personen mit hoher finanzieller Zufriedenheit sowie guter körperlicher Gesundheit, die mutmaßlich über hohe Entscheidungsspielräume diesbezüglich verfügen. Zum anderen zeigt sich auch bei Personen mit geringer Bildung und hohen körperlichen Belastungen eine geringe Rückkehrbereitschaft – also bei Personen, die in ihrer Rückkehrentscheidung durch unzureichende Humankapitalressourcen oder mangelnde Gesundheit mutmaßlich stärker eingeschränkt sind.

Die Ergebnisse in Tabelle 3 bzw. 4 bestätigen den Eindruck einer Polarisierung innerhalb der Gruppe der Nicht-Erwerbstätigen in zwei Gruppen mit geringen bzw. hohen Entscheidungsspielräumen. Die negative Antizipation *unzureichender Arbeitsmarktchancen* (Tabelle 3) findet sich dabei insbesondere bei Befragten, die über eine geringe finanzielle Zufriedenheit und kein Wohneigentum verfügen, geringe Humanka-

**Tabelle 2 Bivariate Logistische Regressionsanalysen von Prädiktoren der Erwerbsneigung**

Variable	b	p-Wert	Sign.	N	Kodierung	
					0	1
Alter	-1,062	0	***	551	54-59	60-64
Finanzielle Zufriedenheit	-1,062	0	***	546	unzufrieden	zufrieden
Lebenszufriedenheit	-0,93	0,001	***	551	unzufrieden	zufrieden
Niedrige Bildung	-0,587	0,003	**	549	andere	niedrig
Körperliche Gesundheit	-0,617	0,004	**	547	schlecht	gut
Vorhandensein von Kindern	0,472	0,037	*	551	nein	ja
körperlich anstrengende letzte Tätigkeit	-0,404	0,076	+	409	nein	ja

Anmerkung: b = Regressionskoeffizient B; 0=keine Erwerbsneigung, 1= Erwerbsneigung  
Signifikanzniveau: \*\*\*  $\alpha < 0.001$  \*\*  $\alpha < 0.01$  \*  $\alpha < 0.05$  +  $\alpha < 0.1$

Datenbasis: Transition and old age potential (TOP) 2013

pitalressourcen und einen schlechten subjektiven Gesundheitszustand aufweisen. Diese in mehrfacher Hinsicht benachteiligten Personen sehen für sich kaum Möglichkeiten für eine erfolgreiche Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Regionale Unterschiede deuten darauf hin, dass diese Personen überdurchschnittlich häufig in den neuen Bundesländern vorzufinden sind.

Nahezu spiegelbildlich gestalten sich die Ergebnisse für diejenigen Personen, die aufgrund *fehlender finanzieller Notwendigkeit* auf die Rückkehr in den Arbeitsmarkt verzichten. Hier finden sich überdurchschnittlich häufig Personen im Westen Deutschlands. Sie verfügen zudem über eine vergleichsweise hohe Bildung sowie gute subjektive Gesundheit, sodass eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt für sie grundsätzlich möglich wäre. Gleichwohl erlaubt ihnen offenbar ihre positive finanzielle Situation und zusätzliches Wohneigentum, auf die Rückkehr in den Arbeitsmarkt zu verzichten.<sup>5</sup>

## Zusammenfassung und Ausblick

Die Ergebnisse der vorangegangenen Analysen zeigen, dass auch innerhalb der derzeit nicht-erwerbstätigen Bevölkerung eine bemerkenswerte Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit im Ruhestandsalter besteht. Die „Politik aktiven Alterns“ könnte entsprechend – neben der Förderung längerer Erwerbskarrieren – auch diese Gruppe ansprechen und beispielsweise durch Schaffung eines positiven, altersgerechten Arbeitsumfeldes deren Rückkehr in den Arbeitsmarkt befördern.

Gleichzeitig verdeutlichen die Ergebnisse, dass die Bereitschaft zur Arbeitsmarktrückkehr innerhalb der Gruppe der Nicht-Erwerbstätigen sehr ungleich verteilt ist. Die vorgestellten Ergebnisse zu sozialen Unterschieden in der Erwerbsneigung Nicht-Erwerbstätiger und ihren Gründen scheinen dabei im Einklang mit bisherigen Ergebnissen zu Ruhestandsübergängen bzw. -planungen älterer Erwerbstätiger zu stehen. In diesen Studien zeigte sich, dass Erwerbstätige mit hohen Humankapitalressourcen zumeist über größere Spielräume in ihrer Ruhestandsentscheidung verfügen.

**Tabelle 3** Bivariate Logistische Regressionsanalysen von Prädiktoren der Nicht-Rückkehr aufgrund geringer Arbeitsmarktchancen

Variable	b	p-Wert	Sign.	N	Kodierung	
					0	1
Finanzielle Zufriedenheit	-1,686	0,000	***	320	Unzufrieden	Zufrieden
Subjektive Gesundheit	-0,865	0,001	***	322	Schlecht	Gut
Wohneigentum	-7,850	0,002	**	323	Nein	Ja
Wohnort	1,179	0,016	**	323	West	Ost
Niedrige Bildung	0,441	0,071	+	321	andere	Niedrig

Anmerkung: *b* = Regressionskoeffizient *B*;  
 0 = geringe Arbeitsmarktchancen nicht genannt, 1 = genannt  
 Signifikanzniveau: \*\*\*  $\alpha < 0.001$  \*\*  $\alpha < 0.01$  \*  $\alpha < 0.05$  +  $\alpha < 0.1$

Datenbasis: Transition and old age potential (TOP) 2013

**Tabelle 4** Bivariate Logistische Regressionsanalysen von Prädiktoren der Nicht-Rückkehr aufgrund fehlender finanzieller Notwendigkeit

Variable	b	p-Wert	Sign.	N	Kodierung	
					0	1
Finanzielle Zufriedenheit	2,085	0	***	323	Unzufrieden	Zufrieden
Subjektive Gesundheit	1,469	0	***	326	Schlecht	Gut
Höhere Bildung	0,987	0	***	324	andere	Hohe
Erwartete finanzielle Situation im Ruhestand	2,110	0,004	**	35	Schlecht	Gut
Wohnregion	-0,810	0,006	**	326	West	Ost
Wohneigentum	0,664	0,008	**	326	Nein	Ja

Anmerkung: *b* = Regressionskoeffizient *B*;  
 0 = geringe Arbeitsmarktchancen nicht genannt, 1 = genannt  
 Signifikanzniveau: \*\*\*  $\alpha < 0.001$  \*\*  $\alpha < 0.01$  \*  $\alpha < 0.05$  +  $\alpha < 0.1$

Datenbasis: Transition and old age potential (TOP) 2013

Sie verbleiben häufiger aus intrinsischen Motiven im Arbeitsmarkt und erwarten häufiger ihre Ruhestandswünsche auch de facto realisieren zu können. Arbeitnehmer mit geringen Humankapitalressourcen müssen häufiger aus finanzieller Notwendigkeit im Arbeitsmarkt verbleiben und ihnen gelingt deutlich seltener die Synchronisation ihrer faktischen Ruhestandsplanung mit den eigenen Wünschen.

Analoge Ergebnisse zeigen sich bei der vorgenommenen Untersuchung der Rückkehrabsichten Erwerbsloser: Auch hier verfügen Personen mit hohen Humankapitalressourcen über die größten Spielräume in ihrer Entscheidung für oder gegen eine Arbeitsmarktrückkehr. Ihnen steht augenscheinlich häufiger die Möglichkeit offen, auf eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt aufgrund ausreichender finanzieller Ressourcen zu verzichten. Entscheiden sie sich hingegen für eine Erwerbsrückkehr, so sind sie – ihrer Wahrnehmung nach – nur in

geringem Maße mit Arbeitsmarktbarrieren konfrontiert. Personen mit geringen Humankapitalressourcen hingegen sind offenbar zwar häufiger aus finanziellen Gründen an einer Rückkehr in den Arbeitsmarkt interessiert, gleichwohl sehen sie sich häufiger mit mangelnden Arbeitsmarktchancen konfrontiert, die eine Arbeitsmarktrückkehr erschweren oder unmöglich machen. Die bivariaten Analysen legen zudem nahe, dass die beschriebenen Humankapitaldifferenzen mit anderen Dimensionen sozialer Ungleichheiten zusammenfallen. Ein Ausschluss von einer Arbeitsmarktrückkehr trotz finanzieller Notwendigkeit findet sich etwa häufiger bei Personen in den neuen Bundesländern, ohne hinreichende finanzielle Absicherung sowie mit (arbeitsbedingten) gesundheitlichen Einschränkungen.

Das Bild einer Spaltung der älteren Erwerbsbevölkerung in „Insider“ mit hohen und „Outsidern“ mit geringen Entscheidungsspielräumen in ihren

Erwerbs- und Ruhestandsentscheidungen bestätigt sich somit auch für die Gruppe der derzeit Nicht-Erwerbstätigen. Betrachtet man die möglichen sozio-ökonomischen Konsequenzen der dargestellten Ergebnisse, so ist zu befürchten, dass die skizzierten „Outsider“ kaum in der Lage sein werden, ihre unzureichende finanzielle Situation im Alter durch die (Wieder-) Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu verbessern, und somit dementsprechend langfristig durch Altersarmut bedroht sein könnten.

Die Ergebnisse ermöglichen eine Ergänzung der „klassischen Ruhestandsforschung“ – die sich weitgehend mit der Gruppe der älteren Erwerbstätigen beschäftigte – um die Gruppe der Nicht-Erwerbstätigen. Gleichwohl weisen die hier vorgenommenen Analysen eine Reihe von Beschränkungen auf. Zum einen beziehen sie sich ausschließlich auf die von den Befragten der ersten Welle der TOP-Studie geäußerten *Intentionen* einer Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Die Frage, inwiefern und wann diese später tatsächlich in die Tat umgesetzt werden, ließe sich nur anhand einer Längsschnittbetrachtung untersuchen. Hier bieten die seit kurzem vorliegenden Daten der zweiten Welle der TOP-Studie 2015/2016 vertiefte Analysemöglichkeiten. Problematisch für die Betrachtung der älteren Nicht-Erwerbstätigen bleibt deren verhältnismäßig begrenzte Zahl in allgemeinen Surveys der älteren Bevölkerung. Wünschenswert wären hier für die zukünftige Forschung größere Stichproben der älteren Bevölkerung oder spezifische fokussierte Studien zur Situation der Nicht-Erwerbstätigen und ihren Rückkehrintentionen. Die Analysen verweisen zudem darauf, dass ein rein quantitativer Ansatz bei der Untersuchung von Motiven an seine Grenzen stößt. Das zuvor skizzierte Beispiel der „finanziellen Notwendigkeit“ verdeut-

licht exemplarisch, dass Gründe für oder gegen eine Erwerbsrückkehr meist komplexe Gebilde darstellen, die durch Einzelitems nur begrenzt erfasst werden können. Hier könnten qualitative Studien – etwa anhand von Interviews mit Nicht-Erwerbstätigen – vertiefende Einblicke in deren Lebenslage, ihre Rückkehrambitionen und deren mögliche Realisierbarkeit verschaffen.

## Literatur

- BiB [Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung] (2016). Bevölkerungsentwicklung 2016. Daten, Fakten, Trends zum demografischen Wandel. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Ebbinghaus, B. & Hofäcker, D. (2013). Trendwende bei der Frühverrentung in modernen Wohlfahrtsstaaten: Paradigmenwechsel zur Überwindung von Push- und Pull-Faktoren; Comparative Population Studies. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 38, 4, 841-880.
- Hess, M. (2018). Expected and Preferred Retirement Age in Germany. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 51, 98-104.
- Hess, M. (2017). Rising Preferred Retirement Age in Europe – Are Europe's Future Pensioners Adapting to Pension System Reforms? *Journal of Aging and Social Policy*, 29, 3, 245-261.
- Hofäcker, D. & Naumann, E. (2015). The emerging trend of work beyond retirement age in Germany. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 48, 5, 473-79.
- Hofäcker, D., Hess, M. & König, S. (2019). Wandel von Ruhestandsübergängen im politischen Paradigmenwechsel Europas: Späte Erwerbsphase und Rentenübergang in Deutschland, Österreich, Schweden und Estland. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 52, Suppl 1, 40-51.
- Hofäcker, D., Hess, M. & König, S. (Hrsg.) (2016). *Delaying Retirement: Progress and Challenges of Active Ageing in Europe, the United States and Japan*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Jepsen, Maria; Foden, D.; Hutsebaut, M. (Hrsg.). 2002. *Active Strategies for Older Workers*. Brüssel: European Trade Union Institute.

Micheel, F., Cihlar, V., Konzelmann, L. & Zins, S. (2018). Die Lebensgestaltung im (Un-) Ruhestand: Einordnung und empirische Schlaglichter. *Bevölkerungsforschung Aktuell* 8/2018, 2-12.

Sackreuther, I., Schröder, J., Cihlar, V., Mergenthaler, A., Micheel, F. & Schill, G. (2016). TOP – Transitions and Old Age Potential. Methodenbericht zur Studie. BiB Daten- und Methodenberichte 1/2016. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

- 1 *Das dieser Publikation zugrunde liegende Vorhaben „Arbeitsmarktteilhabe im höheren Erwerbsalter“ wurde im Zeitraum 2016–2018 mit Mitteln aus dem Zukunftsfonds des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren. Die Autoren danken den Teilnehmern der Tagung „Motivation to work – what is it and how to capture it?“ an der Bergischen Universität Wuppertal vom 7. und 8. November 2018 für hilfreiche Anregungen zu einer früheren Version des Beitrags.*
- 2 *Die weiteren Antwortmöglichkeiten waren „eher nicht vorstellen“ bzw. „überhaupt nicht vorstellen“.*
- 3 *Die weiteren Antwortmöglichkeiten waren „trifft eher nicht zu“ bzw. „trifft überhaupt nicht zu“.*
- 4 *Da die unzureichende Gesundheit eine absolute persönliche Restriktion darstellt, die durch politische Maßnahmen nur in geringem Maße kurzfristig beeinflussbar ist, wurden hier stattdessen die „Arbeitsmarktchancen“ als Indikator ausgewählt, deren Verbesserung ein explizites Ziel der Maßnahmen des „Aktiven Alterns“ ist.*
- 5 *Weitere Berechnungen (Ergebnisse hier nicht wiedergegeben) zeigen ein inverses Bild für die Erwerbstätigkeit aus finanzieller Notwendigkeit. Diese findet sich besonders häufiger bei Personen im Osten Deutschlands ohne Wohneigentum und mit geringer finanzieller Zufriedenheit.*

dirk.hofaecker@uni-due.de

doi: 10.15464/isi.62.2019.1-6

# Gleichgeschlechtliche Partnerschaften in Deutschland

## Verbreitung, Entwicklung und soziale Unterschiede

*Andrea Lengerer & Jeanette Bohr*<sup>1</sup>

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

*Gleichgeschlechtliche Partnerschaften werden zunehmend sichtbar gelebt, gesellschaftlich akzeptiert und rechtlich anerkannt. Empirisch wird diese zahlenmäßig sehr kleine Gruppe bislang allerdings nur selten betrachtet. Der Mikrozensus bietet aufgrund seiner hohen Fallzahlen die Möglichkeit, gleichgeschlechtliche Partnerschaften im gemeinsamen Haushalt zu identifizieren. Auf Basis dieser Daten wird im vorliegenden Beitrag untersucht, wie verbreitet die gleichgeschlechtliche Partnerwahl in Deutschland ist, wie sie sich seit Mitte der 1990er Jahre entwickelt hat und ob es soziale Unterschiede zwischen Personen in gleichgeschlechtlichen und verschiedengeschlechtlichen Partnerschaften gibt.*

Ein Wandel partnerschaftlicher Lebensformen ist in Deutschland und anderen westlichen Gesellschaften schon seit längerer Zeit zu beobachten. Dieser Wandel betrifft aber nicht nur das Ausmaß, die Formen und die Stabilität des partnerschaftlichen Zusammenlebens, wie dies in zahlreichen Studien gezeigt worden ist. Auch das zweigeschlechtliche Muster von Partnerschaft ändert sich. Verbindliche und langfristig angelegte Partnerschaften werden nicht mehr ausschließlich zwischen Mann und Frau eingegangen, sondern auch zwischen zwei Männern oder zwei Frauen. Verlässliche Angaben zur Verbreitung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften liegen für Deutschland jedoch noch kaum vor. Das Statistische Bundesamt zählt im Jahr 2015 rund 94.000 gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit gemeinsamem Haushalt, in denen 0,1% der Bevölkerung und weniger als 0,5% der Bevölkerung in Partnerschaften mit gemeinsamem Haushalt leben (Statistisches Bundesamt 2017). Diese Zahlen sind im internationalen Vergleich eher niedrig und es gibt Hinweise darauf, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften in

amtlichen Daten nicht sehr zuverlässig erfasst werden (z.B. Gates & Sell 2007). Da es sich um ein sensibles Thema handelt und mit sozial erwünschtem Antwortverhalten zu rechnen ist, wird die tatsächliche Verbreitung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften vermutlich unterschätzt. Auch zur Verbreitung homosexueller Orientierung mangelt es an verlässlichen Angaben. Es gibt nur wenige repräsentative Studien, die aufgrund ihrer unterschiedlichen Definition und Erfassung von Homosexualität außerdem zu recht unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Für Deutschland zeigt eine aktuelle Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels, dass sich knapp 2% der erwachsenen Personen als homo- oder bisexuell bezeichnen (Kroh et al. 2017).

Theoretisch wird das Auftreten und die Zunahme gleichgeschlechtlicher Partnerschaften häufig als Ausdruck von Individualisierung und Pluralisierung interpretiert. Im Kontext des Wandels der Lebensformen werden gleichgeschlechtliche Partnerschaften als eigenständige, strukturell neue Lebensform betrachtet (z.B. Schneider et al. 1998). Eine Erklärung,

warum auf individueller Ebene häufiger gleichgeschlechtliche Partner gewählt werden, bietet diese Perspektive jedoch nicht. Im Alltagsverständnis wird oft ein kausaler Zusammenhang zwischen einer vermeintlich stabilen und unveränderbaren sexuellen Orientierung und der Partnerwahl angenommen. Empirische Studien geben allerdings Hinweise darauf, dass die sexuelle Orientierung ein mehrdimensionales Konstrukt ist, im Lebenslauf variieren kann und auch nicht immer mit der gelebten partnerschaftlichen Beziehung übereinstimmt (z.B. Butler 2005; Dewaele et al. 2014). Daher ist eher davon auszugehen, dass die sexuelle Orientierung eine Determinante der geschlechtsbezogenen Partnerwahl ist, neben der es andere, soziale und kulturelle Determinanten gibt. Eine wichtige Rolle spielen diesbezüglich Normen und die in einer Gesellschaft vorhandenen Vorstellungen darüber, welche Paarbeziehungen als angemessen gelten. Je nachdem, wie stark der/die Einzelne diese Normen internalisiert hat, nimmt er/sie die Wahl eines/einer gleichgeschlechtlichen Partners/Partnerin überhaupt als Möglichkeit für eigenes Handeln wahr und zieht diese Möglichkeit mehr oder weniger in Betracht. Zwar weicht die Wahl eines/einer gleichgeschlechtlichen Partners/Partnerin noch immer sehr stark von der Norm ab, sie ist mit der zunehmenden Akzeptanz und Toleranz gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen und dem Abbau rechtlicher Benachteiligungen aber einfacher geworden. Auch ökonomische Überlegungen sollten bei der Partnerwahl eine immer geringere Rolle spielen. Insbesondere für Frauen

dürfte das Zusammenleben mit einer gleichgeschlechtlichen Partnerin aufgrund ihrer gestiegenen Erwerbs- und Einkommenschancen heute einfacher sein als früher. Zudem lassen sich Kinderwünsche zunehmend leichter auch in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften realisieren. Schließlich spielen bei der Partnerwahl auch strukturelle Gelegenheiten, potenzielle Partner/innen kennenzulernen, eine entscheidende Rolle. Da der Partnermarkt für gleichgeschlechtliche Partner/innen relativ klein, intransparent und schwer zugänglich ist, lässt sich eine entsprechende Präferenz nur schwer umsetzen. Die zunehmende Sichtbarkeit gleichgeschlechtlicher Paare im öffentlichen Raum sowie die neuen Suchmöglichkeiten über das Internet sollten die Gelegenheiten, mit potenziellen gleichgeschlechtlichen Partner/innen in Kontakt zu treten, im Zeitverlauf aber erweitert haben. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften zwar eine seltene Lebensform darstellen, dass sie mit der Zeit allerdings häufiger werden.

Im Folgenden wird die Entwicklung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im Zeitverlauf beschrieben und es werden soziale und regionale Unterschiede in der Verbreitung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften dargestellt. Dies geschieht auf der Grundlage des Mikrozensus (genauer: der Mikrozensus Scientific Use Files) der Jahre 1996 bis 2013. Der Mikrozensus ist die einzige repräsentative Datenquelle in Deutschland, in der gleichgeschlechtliche Partnerschaften in ausreichender Zahl für empirische Analysen enthalten sind. Die Erhebungseinheiten sind Haushalte, so dass keine Angaben zu Beziehungen mit Personen außerhalb des Haushalts vorliegen. Folglich lassen sich im Mikrozensus nur gleichgeschlechtliche Partnerschaften im gemeinsamen Haushalt untersuchen. Auch Angaben zur sexuellen Orientierung sind nicht im Mikrozensus enthalten.

Gleichgeschlechtliche Partnerschaften lassen sich im Mikrozensus seit 1996 identifizieren, indem die Angaben zum/zur Lebenspartner/in im Haushalt mit den Angaben zum Geschlecht kombiniert werden.<sup>2</sup> Da die Frage nach

dem/der Lebenspartner/in im Haushalt freiwillig zu beantworten ist, kommt es zu Antwortausfällen, die zwar selten sind, aber nicht zufällig auftreten. Wie weiterführende Analysen zeigen, geben Personen mit möglichem gleichgeschlechtlichem Partner im Haushalt signifikant häufiger keine Antwort als Personen mit möglichem verschiedengeschlechtlichem Partner, was auf eine Untererfassung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften hindeutet. Es handelt sich um ein sensibles Thema, bei dem nicht alle Befragten bereit sind, Auskunft zu geben. Außerdem ist vermutlich nicht allen Befragten klar, dass die Frage nach dem/der Lebenspartner/in auch gleichgeschlechtliche Lebenspartner/innen mit einschließt. Deshalb werden fehlende Werte in den folgenden Auswertungen nicht einfach ausgeschlossen, sondern imputiert. Dazu wird anhand von Angaben zur Zusammensetzung des Haushalts ermittelt, ob es einen möglichen Partner oder eine mögliche Partnerin im Haushalt gibt.<sup>3</sup> Auch falsche Angaben kommen wahrscheinlich vor und tragen vermutlich stärker zur Untererfassung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften bei als fehlende Angaben, da sie weniger „verdächtig“ sind. Weil sie sich nicht zuverlässig ermitteln lassen, wird dieses Problem hier aber nicht weiter berücksichtigt.

In die Auswertungen fließen alle Personen im Alter zwischen 18 und 70 Jahren ein, die mit einem Partner oder einer Partnerin im gemeinsamen Haushalt leben (unabhängig von der rechtlichen Form, in der dies geschieht). Berichtet wird jeweils der Anteil der Personen mit gleichgeschlechtlichem Partner an allen Personen mit Partner im Haushalt. Für die Jahre 1996 bis 2013 gelangen so 4.063.495 Personen in die Auswertung, von denen 13.913 Personen (d.h. 0,3%) in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft leben.

### Die Verbreitung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften nimmt bei Frauen und Männern zu

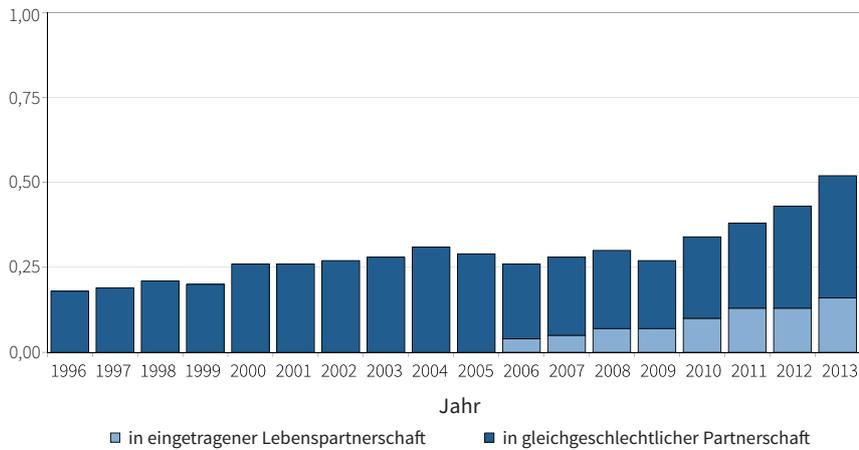
Betrachtet man die in den Grafiken 1 und 2 dargestellte Entwicklung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften bei

Frauen und Männern seit 1996, ist bei beiden Geschlechtern ein kontinuierlicher Anstieg zu erkennen. Der Anteil an Frauen mit gleichgeschlechtlicher Partnerin an allen Frauen mit Partner/in im Haushalt steigt von 0,2% im Jahr 1996 auf 0,5% im Jahr 2013, der entsprechende Anteil an Männern steigt von 0,3% im Jahr 1996 auf 0,5% im Jahr 2013. Männer leben im betrachteten Zeitraum häufiger in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft, im aktuellsten Jahr besteht allerdings kaum noch ein Unterschied zwischen den Geschlechtern. Insgesamt ist damit bei Frauen seit Mitte der 1990er Jahre ein etwas stärkerer Anstieg zu verzeichnen als bei Männern.

In den Grafiken ebenfalls zu erkennen ist eine stetige Zunahme des Anteils an Personen, die mit ihrem/ihrer gleichgeschlechtlichen Partner/in in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben. In Deutschland ist dies seit dem Jahr 2001 möglich, wird aber erst seit 2006 separat im Mikrozensus erfasst. Im Vergleich der Geschlechter zeigt sich, dass Männer in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft anteilig etwas häufiger in eingetragener Lebenspartnerschaft leben als Frauen.

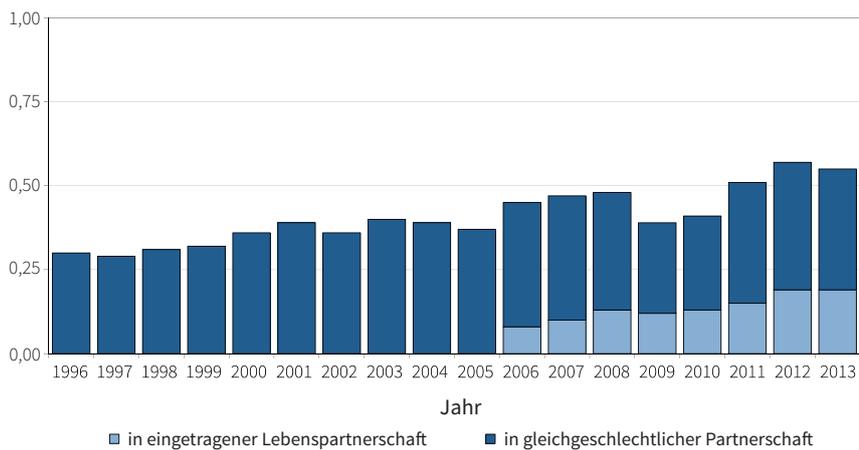
Die Ergebnisse bestätigen die Vermutung, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften selten sind und im Zeitverlauf zunehmen. Da die Auswertungen auf gültigen und imputierten Werten basieren und falsche Angaben nicht identifiziert werden können, wird die tatsächliche Häufigkeit gleichgeschlechtlicher Partnerschaften aber wahrscheinlich unterschätzt. Ein Vergleich mit Surveydaten bekräftigt diesen Verdacht: Die bereits zitierte Studie auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels berichtet für das Jahr 2016 einen Anteil von 0,9% gleichgeschlechtlicher Partner/innen an allen Partnern/Partnerinnen im gemeinsamen Haushalt (Kroh et al. 2017). Auf Basis des Mikrozensus kommt man zu ähnlichen Anteilen, wenn man neben den gültigen und imputierten Angaben zusätzlich mögliche falsche Angaben berücksichtigt (vgl. Lengerer & Bohr 2019). Auch unter der Annahme, dass alle möglichen falschen Angaben auch tatsächliche falsche Angaben sind, lässt sich ein kontinuierlicher Anstieg gleichgeschlechtlicher Partnerschaften

**Grafik 1** Frauen mit gleichgeschlechtlicher Partnerin an allen Frauen mit Partner/in im Haushalt im Alter von 18 bis 70 Jahren, nach Jahr (in %)



Datenbasis: Mikrozensus 1996 bis 2013 (Scientific Use Files), Bevölkerung in Privathaushalten, am Hauptwohnsitz

**Grafik 2** Männer mit gleichgeschlechtlichem Partner an allen Männern mit Partner/in im Haushalt im Alter von 18 bis 70 Jahren, nach Jahr (in %)



Datenbasis: Mikrozensus 1996 bis 2013 (Scientific Use Files), Bevölkerung in Privathaushalten, am Hauptwohnsitz

mit gemeinsamem Haushalt ermitteln, allerdings auf deutlich höherem Niveau (ebd.).<sup>4</sup>

### Der Anteil gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ist bei jüngeren Personen und in Großstädten besonders hoch

Eine Betrachtung der Altersstruktur lässt erkennen, dass Personen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften stärker in den jüngeren Altersgruppen zu finden sind. So sind im Jahr 2013 über 30% der Personen in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft jünger als 35 Jahre, wohingegen dies bei verschiedengeschlechtlichen Paaren nur 17% der Personen sind

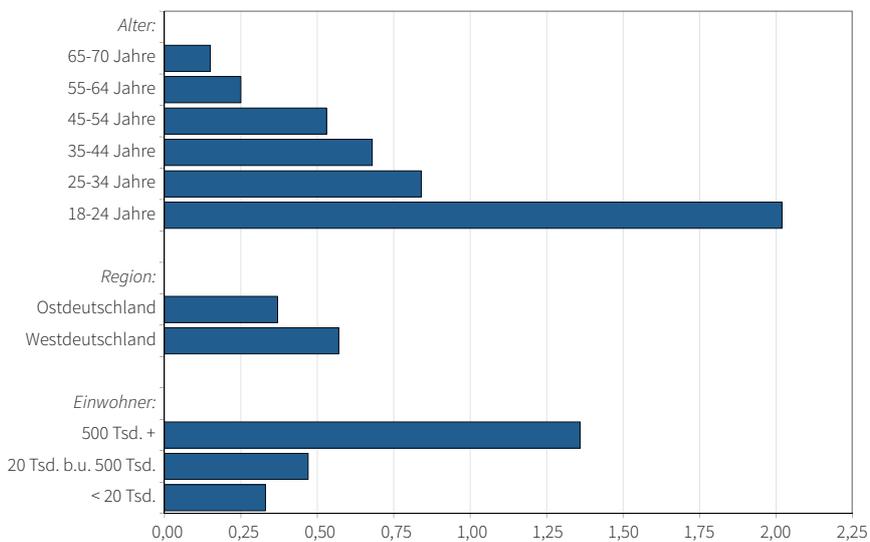
(vgl. Tabelle 1). In den älteren Altersgruppen sind gleichgeschlechtliche Paare entsprechend seltener vertreten als verschiedengeschlechtliche. Der Anteil der Personen in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft an allen Personen in Partnerschaften ist bei den unter 25-Jährigen mit über 2% besonders hoch und geht mit zunehmendem Alter zurück (vgl. Grafik 3). Dass mit zunehmendem Alter immer weniger Personen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften leben sollten, lässt sich aus den theoretischen Annahmen allerdings nicht ableiten. Bei den Unterschieden in den höheren Altersgruppen ist vielmehr anzunehmen, dass diese nicht auf Alterseffekte, sondern auf Kohorteneffekte zurückzuführen sind. Es

ist zu erwarten, dass die jüngeren Kohorten in ihrer Partnerwahl offener sind und eine Umsetzung gleichgeschlechtlicher Präferenzen eher in Betracht ziehen. Eine auf Basis kumulierter Mikrozensusdaten durchgeführte Kohortenanalyse bestätigt diese Annahme (Lengerer & Bohr 2019): Es kann gezeigt werden, dass jüngere Kohorten häufiger in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften leben als ältere Kohorten. Innerhalb der Kohorten geht der Anteil gleichgeschlechtlichen Zusammenlebens bis Mitte 30 zurück und bleibt ab diesem Alter weitgehend stabil.

Der besonders hohe Anteil gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in der jüngsten Altersgruppe kann verschiedene Gründe haben: Zum einen ist es möglich, dass die Neigung zum Zusammenleben mit einem/einer gleichgeschlechtlichen Partner/in zu Beginn des Erwachsenenalters am höchsten ist, da es sich um eine eher unverbindliche Lebensphase handelt, in der unterschiedliche Lebensformen ausprobiert werden können. Eine andere Erklärung ist die, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften im Durchschnitt früher eingegangen werden bzw. gleichgeschlechtliche Partner früher zusammenziehen. Da im unteren Altersbereich erst wenige Personen in verschiedengeschlechtlichen Partnerschaften leben, fallen die wenigen Personen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften dann stärker ins Gewicht. Hier nicht dargestellte Befunde sprechen dafür, dass gleichgeschlechtliche Paare tatsächlich vergleichsweise früh zusammenleben: Bezogen auf die gesamte Bevölkerung erreicht der Anteil an Personen in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft bereits im Alter von Mitte 20 sein Maximum, wohingegen dies bei Personen in verschiedengeschlechtlicher Partnerschaft erst im Alter von über 30 der Fall ist.

Hinsichtlich regionaler Unterschiede werden gleichgeschlechtliche Partnerschaften zum einen nach West- und Ostdeutschland, andererseits nach der Wohnortgröße betrachtet (vgl. Grafik 3). In beiden Fällen sind deutliche Unterschiede zu erkennen: In Ostdeutschland ist der Anteil der Personen in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft an allen

**Grafik 3** Personen mit gleichgeschlechtlichem/gleichgeschlechtlicher Partner/in an allen Personen mit Partner/in im Haushalt im Alter von 18 bis 70 Jahren, nach Alter, Region und Wohnortgröße, 2013 (in %)



Datenbasis: Mikrozensus 2013 (Scientific Use File), Bevölkerung in Privathaushalten, am Hauptwohnsitz

Personen in Partnerschaft geringer als in Westdeutschland. In Städten mit mehr als 500.000 Einwohner/innen ist der Anteil der Personen in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft mit knapp 1,4% besonders hoch. Die regionalen Unterschiede deuten darauf hin, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften eine Lebensform darstellen, die vor allem im städtischen Kontext zu finden ist. Während im Jahr 2013 rund 36% der gleichgeschlechtlichen Paare in Großstädten ab 500.000 Einwohner/innen leben, sind dies unter verschiedengeschlechtlichen Partnerschaften nur 14% (vgl. Tabelle 1). Dieser Befund stimmt mit Studien aus den USA, Kanada und einigen nordeuropäischen Ländern überein, die zeigen, dass der Anteil gleichgeschlechtlicher Paare an allen zusammenlebenden Paaren in Städten erheblich größer ist als in ländlichen Gebieten (z.B. Black et al. 2000). Auch eine Konzentration auf bestimmte Städte (wie z.B. San Francisco in den USA oder Amsterdam in den Niederlanden) lässt sich häufig feststellen. Für Deutschland sind hier vor allem Berlin, Köln und Hamburg zu nennen, in denen eine lang etablierte Schwulen- und Lesbenszene zu finden ist und in denen auch die meisten eingetragenen Lebenspartnerschaften registriert sind (Kroh et al. 2017). Die hohe Konzentration gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in

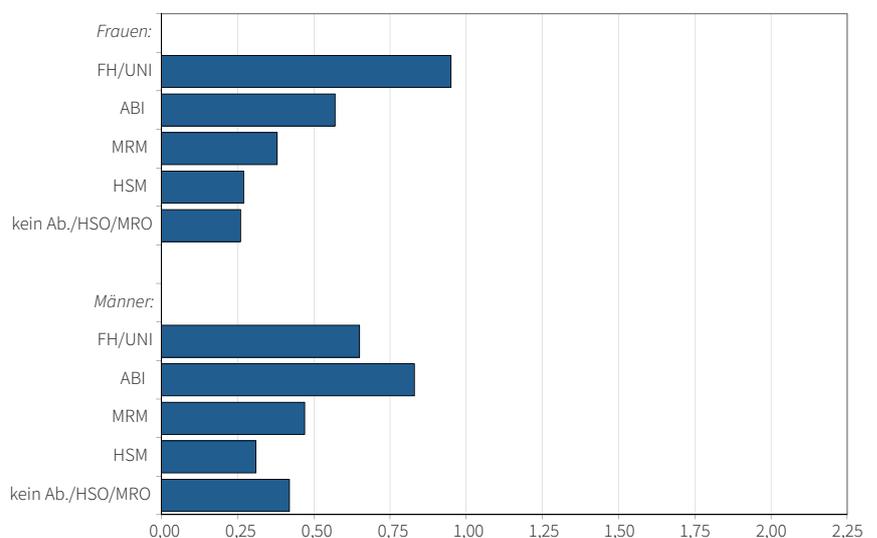
Großstädten trägt vermutlich auch zur Erklärung der Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland bei. Vorteile des urbanen Milieus sind nicht nur die höhere Akzeptanz und Toleranz gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensformen. Auch spricht vieles dafür, dass die strukturellen Gelegenheiten zur

gleichgeschlechtlichen Partnerwahl im großstädtischen Kontext nach wie vor besser sind als auf dem Land. Dies ist vermutlich insbesondere für Personen in den jüngeren Altersgruppen mit gleichgeschlechtlicher Präferenz von Vorteil. Ob die Stadt-Land-Unterschiede ausschließlich auf eine selektive Migration zurückzuführen sind, oder ob auch das Aufwachsen im städtischen Kontext die Wahrscheinlichkeit erhöht, eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft einzugehen, bleibt dabei eine offene Frage.

### Personen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften sind durchschnittlich höher gebildet

Ob die Möglichkeit der gleichgeschlechtlichen Partnerwahl in Betracht gezogen bzw. überhaupt als Möglichkeit für das eigene Handeln wahrgenommen wird, hängt stark von persönlichen Einstellungen, möglicherweise aber auch von den vorhandenen Humankapitalressourcen ab. Als Proxy sowohl für Einstellungen und Werte als auch für arbeitsmarktrelevantes Humankapital kann die schulische und berufliche Bildung herangezogen werden. Studien

**Grafik 4** Personen mit gleichgeschlechtlichem/gleichgeschlechtlicher Partner/in an allen Personen mit Partner/in im Haushalt im Alter von 30 bis 70 Jahren, nach Bildung und Geschlecht, 2013 (in %)



<sup>a</sup> Die Abkürzungen HS, MR und ABI stehen für die unterschiedlichen Schulabschlüsse (Hauptschule, Mittlere Reife, Fach-/Hochschulreife), wobei der Zusatz „O“ für „ohne beruflichen Abschluss“ und „M“ für „mit beruflichem Abschluss“ steht. Die Abkürzung FH/UNI steht für den Abschluss einer Fach-/Hochschule oder Universität.

Datenbasis: Mikrozensus 2013 (Scientific Use File), Bevölkerung in Privathaushalten, am Hauptwohnsitz

**Tabelle 1 Sozialstrukturelle Merkmale von Personen in verschieden- und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, 2013 (Spaltenprozente)**

	Personen in verschieden-geschlechtlichen Partnerschaften	Personen in gleich-geschlechtlichen Partnerschaften
<b>Alter 18-70 Jahre</b>		
Geschlecht		
Frau	51,5	50,2
Mann	48,5	49,8
Region		
Westdeutschland	81,5	87,1
Ostdeutschland	18,5	12,9
Einwohner		
< 20 Tsd.	44,9	27,6
20 Tsd. b.u. 500 Tsd.	41,3	36,8
500 Tsd. +	13,8	35,6
Alter		
18-24 Jahre	2,3	8,8
25-34 Jahre	14,4	22,9
35-44 Jahre	20,6	26,3
45-54 Jahre	27,8	27,9
55-64 Jahre	24,1	11,1
65-70 Jahre	10,9	3,0
N	202.298	1.079
<b>Alter 30-70 Jahre (nicht in Ausbildung) <sup>a</sup></b>		
Bildung Mann		
kein Ab./HSO/MRO	9,2	7,7
HSM	29,0	18,1
MRM	29,6	28,2
ABI	10,5	17,6
FH/UNI	21,8	28,4
N (nur gültige Bildungsangaben)	90.848	454
Bildung Frau		
kein Ab./HSO/MRO	15,5	8,9
HSM	21,9	13,2
MRM	35,8	30,2
ABI	11,6	14,9
FH/UNI	15,3	32,9
N (nur gültige Bildungsangaben)	93.206	417

*a Die Abkürzungen HS, MR und ABI stehen für die unterschiedlichen Schulabschlüsse (Hauptschule, Mittlere Reife, Fach-/Hochschulreife), wobei der Zusatz „O“ für „ohne beruflichen Abschluss“ und „M“ für „mit beruflichem Abschluss“ steht. Die Abkürzung FH/UNI steht für den Abschluss einer Fach-/Hochschule oder Universität.*

*Datenbasis: Mikrozensus 2013 (Scientific Use File), Bevölkerung in Privathaushalten, am Hauptwohnsitz*

aus den USA (z.B. Black et al. 2000) und den skandinavischen Ländern (z.B. Andersson et al. 2006) zeigen, dass Personen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften über eine durchschnittlich höhere Bildung verfügen als Personen in verschiedengeschlechtlichen Partnerschaften. Für Deutschland ergeben sich auf Basis des Mikrozensus ähnliche Befunde. In Grafik 4 werden die Anteile gleichgeschlechtlicher Partnerschaften für Frauen und Männer ab 30 Jahren, die sich nicht mehr in Ausbildung befinden, nach Merkmalen ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung differenziert. Bei beiden Geschlechtern ist zu erkennen,

dass der Anteil gleichgeschlechtlicher Partnerschaften unter Personen mit Abitur oder akademischem Abschluss am höchsten ist. Bei Frauen ist der Zusammenhang noch deutlicher zu erkennen als bei Männern: Der Anteil der Frauen mit gleichgeschlechtlicher Partnerin ist bei Akademikerinnen mit 1% deutlich höher als bei den niedrigeren Bildungsgruppen. Das Ergebnis kann als Hinweis darauf interpretiert werden, dass das Eingehen einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft für Frauen einfacher ist, wenn die ökonomischen Anreize und Zwänge zum Zusammenleben mit einem verschiedengeschlechtlichen

Partner wegfallen. Bei Männern ist der Anteil mit gleichgeschlechtlichem Partner unter denjenigen mit Abitur am höchsten, die Unterschiede zu den übrigen Bildungsgruppen sind bei Männern geringer. Insbesondere der berufliche Ausbildungsabschluss scheint bei Männern eine geringere Rolle bei der geschlechtsbezogenen Partnerwahl zu spielen als bei Frauen.

Vergleicht man die Bildungsstruktur von Personen in gleichgeschlechtlicher mit denen in verschiedengeschlechtlicher Partnerschaft, sind ebenfalls deutliche Unterschiede festzustellen (vgl. Tabelle 1): Personen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften sind durchschnittlich höher gebildet als Personen in verschiedengeschlechtlichen Partnerschaften. Da nur Personen ab 30 Jahren betrachtet werden, kann ausgeschlossen werden, dass die Bildungsunterschiede nur darauf zurückzuführen sind, dass Personen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften durchschnittlich jünger sind. Die Bildungsunterschiede bei Frauen sind auch in dieser Betrachtung deutlich erkennbar: Während unter Frauen mit verschiedengeschlechtlichem Partner 15% über einen akademischen Abschluss verfügen, sind es bei Frauen, die mit einer gleichgeschlechtlichen Partnerin zusammenleben, über 30%. Dabei sind grundsätzlich zwei Erklärungen denkbar: Zum einen gehen höher gebildete Frauen vermutlich eher gleichgeschlechtliche Partnerschaften ein. Zum anderen investieren Frauen mit gleichgeschlechtlicher Präferenz möglicherweise stärker in Bildung, um ökonomisch unabhängiger zu sein und auf eine „Versorgung“ durch einen Ehemann verzichten zu können.

### Mehr und bessere Daten zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften sind notwendig

Die gezeigten Ergebnisse des Mikrozensus beziehen sich auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften im gemeinsamen Haushalt. Dabei handelt es sich um klar definierte und verbindliche Partnerschaften, die von besonderer Bedeutung sind. Allerdings gibt es empirische Hinweise darauf, dass Partnerschaften im gemeinsamen Haushalt keine zufällige,

sondern eine selektive Auswahl von Partnerschaften darstellen (vgl. Lengerer & Bohr 2019): Gleichgeschlechtliche Paare leben seltener im gemeinsamen Haushalt als verschiedengeschlechtliche Paare, und vermutlich sind gleichgeschlechtlich orientierte Personen auch seltener partnerschaftlich gebunden als verschiedengeschlechtlich orientierte Personen. Sowohl die Prozesse des Eingehens von Partnerschaften als auch des Zusammenzugs sind also nicht unabhängig von der sexuellen Orientierung bzw. von der Geschlechterkonstellation in der Partnerschaft. Im Lauf der Zeit kann sich dies ändern. Es ist deshalb nicht klar, ob die beobachtete Zunahme gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im gemeinsamen Haushalt allein darauf zurückzuführen ist, dass vermehrt gleichgeschlechtliche Partnerschaften eingegangen werden. Möglich ist auch, dass gleichgeschlechtliche Partner häufiger zusammenziehen. Da im Mikrozensus lediglich bestehende Partnerschaften beobachtet werden, kann deren Zunahme nicht zuletzt durch eine Zunahme der Stabilität dieser Partnerschaften bedingt sein. Aus theoretischer Sicht erscheinen alle Entwicklungen plausibel und tragen vermutlich alle mehr oder weniger zum Anstieg gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im Zeitverlauf bei. Auf Basis des Mikrozensus lässt sich allerdings nicht zwischen den verschiedenen Entwicklungen unterscheiden. Um zu einer substantielleren

Erklärung der geschlechtsbezogenen Partnerwahl und der Zunahme gleichgeschlechtlicher Partnerschaften zu kommen, besteht daher ein dringender Bedarf an verlässlichen Längsschnittdaten zu gleichgeschlechtlicher Partnerwahl und Partnerschaft.

### Literatur

- Andersson, G., Noack, T., Seierstad, A. & Weedon-Fekjær, H. (2006). The Demographics of Same-Sex Marriages in Norway and Sweden. *Demography*, 43, 79-98.
- Black, D., Gates, G., Sanders, S. & Taylor, L. (2000). Demographics of the Gay and Lesbian Population in the United States: Evidence from Available Systematic Data Sources. *Demography*, 37, 139-154.
- Butler, A. C. (2005). Gender Differences in the Prevalence of Same-Sex Sexual Partnering: 1988-2002. *Social Forces*, 84, 421-449.
- Dewaale, A., Caen, M. & Buysse, A. (2014). Comparing Survey and Sampling Methods for Reaching Sexual Minority Individuals in Flanders. *Journal of Official Statistics*, 30, 251-275.
- Gates, G. & Sell, R. (2007). Measuring Gay and Lesbian Couples. In S. L. Hofferth & L. M. Casper (Eds.), *The Handbook of Measurement Issues in Family Research* (pp. 235-244). Mahwah, New Jersey: Lawrence Erlbaum.
- Kroh, M., Kühne, S., Kipp, C. & Richter, D. (2017). Einkommen, soziale Netzwerke, Lebenszufriedenheit: Lesben, Schwule und Bisexuelle in Deutschland. *DIW Wochenbericht*, 35/2017, 687-698.
- Lengerer, A. & Bohr, J. (2019). Gibt es eine Zunahme gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in Deutschland? Theoretische

Überlegungen und empirische Befunde. *Zeitschrift für Soziologie*, 48, 136-157.

Schneider, N., Rosenkranz, D. & Limmer, R. (1998). *Nichtkonventionelle Lebensformen*. Opladen: Leske + Budrich.

Statistisches Bundesamt (2017). *Statistisches Jahrbuch 2017*. Wiesbaden.

- 1 Der vorliegende Beitrag basiert auf Ergebnissen des von der DFG geförderten Projekts „Gleichgeschlechtliche Partnerwahl in Deutschland. Ausmaß, Entwicklung und soziale Bedingungen“ (LE 3496/1-1).
- 2 Das Geschlecht wird im Mikrozensus dichotom erfasst. Dementsprechend wird danach unterschieden, ob Partner/innen dem gleichen Geschlecht oder verschiedenen Geschlechtern angehören.
- 3 Das Vorgehen bei der Imputation fehlender Werte orientiert sich am Vorgehen des Statistischen Bundesamtes bei der Schätzung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften: Von einer Partnerschaft wird dann ausgegangen, wenn genau zwei mindestens 16 Jahre alte Personen im Haushalt leben, die weder miteinander verheiratet noch verwandt oder verschwägert sind (vgl. auch Lengerer & Bohr 2019).
- 4 Von einer möglichen falschen Angabe wird ausgegangen, wenn die Frage nach dem/der Lebenspartner/in verneint, aber ein möglicher Partner oder eine mögliche Partnerin im Haushalt vorhanden ist. Letzteres wird auf Basis der in Endnote 3 beschriebenen Schätzung festgestellt.

andrea.lengerer@gesis.org  
jeanette.bohr@gesis.org

doi: 10.15464/isi.62.2019.7-12

# Schwer befragbar und vernachlässigbar? Die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften

Jan-Lucas Schanze

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften<sup>1</sup>

*Die überaus heterogene Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften findet in Umfragen und sogar in der amtlichen Statistik häufig keinerlei Beachtung. In diesem Artikel werden Daten zweier Wellen des Mikrozensus zur Beschreibung der Bevölkerung in Anstalten verwendet. Zunächst werden Ergebnisse aus der Erhebung des Jahres 1982 dargestellt, das letzte Jahr in dem in Deutschland die konkreten Anstaltstypen veröffentlicht wurden. Diesen Daten werden aktuelle Daten des Mikrozensus aus dem Jahr 2014 gegenübergestellt. Der Vergleich ermöglicht die Feststellung von Konstanz und Veränderungen der Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften über die Zeit. Die Frage, ob diese Bevölkerung letztlich vernachlässigbar ist, soll über den Vergleich mit der Bevölkerung in Privathaushalten beantwortet werden.*

Was haben ein Benediktinermönch, ein Gefängnisinsasse und die Bewohnerin eines Altenheimes gemeinsam? Sie alle sind Teil der sogenannten Anstaltsbevölkerung, leben also nicht in einem der 41 Millionen deutschen Privathaushalte, sondern in Gemeinschaftsunterkünften. Sie alle haben auch in den meisten deutschen und internationalen Umfrageprojekten keine Chance, befragt zu werden. Denn die Anstaltsbevölkerung ist typischerweise nicht Teil der zu befragenden Grundgesamtheit, die sich beispielsweise im ALLBUS, im European Social Survey (ESS), in der European Value Study (EVS) oder im Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) auf die „Bevölkerung in Privathaushalten“ beschränkt. Bereits vor 30 Jahren stellte Schnell (1991) fest, dass die Anstaltsbevölkerung aus Erhebungen der empirischen Sozialforschung herausfiel. Und selbst im umfangreichen Statistischen Jahrbuch des Statistischen Bundesamtes taucht die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften nur in Fußnoten und Methodeneinleitungen auf, um die Leserinnen und Leser darauf hinzuweisen, dass diese Bevölkerungsgruppe aus den nachfolgenden Tabellen der amtlichen Statistik ausgeschlossen

ist (Statistisches Bundesamt, 2018).

Die Aufzählung zu Beginn des Artikels verdeutlicht die große Heterogenität dieses vernachlässigten Teils der Bevölkerung. Neben Klöstern, Gefängnissen und Altenheimen können auch Pflegeheime, Obdachlosenunterkünfte, Internate, Studentenwohnheime, Kasernen, Krankenhäuser, Flüchtlingsunterkünfte und Arbeiterwohnheime zu den Gemeinschaftsunterkünften gezählt werden (Geiger & Styhler, 2012; OECD, 2006). Wie von den Vereinten Nationen beschrieben, bieten Gemeinschaftsunterkünfte größeren Gruppen von unzusammenhängenden Individuen eine Unterkunft und stellen über ihre Angestellten den Bewohnerinnen und Bewohnern eine Reihe von Dienstleistungen zur Verfügung, die von der Bewachung des Geländes über die Zubereitung von Mahlzeiten bis hin zu medizinischer Pflege reichen können (Schanze, 2017; United Nations, 2008). Bewohnerinnen und Bewohner, die dauerhaft ihren Wohnsitz innerhalb einer dieser Gemeinschaftsunterkünfte haben, gehören laut Definition zur Anstaltsbevölkerung.<sup>2</sup>

Warum aber schließen die meisten Umfrageprojekte Bewohner von Gemein-

schaftsunterkünften aus? Dies liegt an der Zugänglichkeit von Gemeinschaftsunterkünften und spezifischen Charakteristika der Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften, die sie zu einer schwerer erreichbaren und befragbaren Gruppe der Bevölkerung machen (Schanze, 2017; Tourangeau, 2014). Zunächst wirken die Betreiber der Gemeinschaftsunterkünfte als Gatekeeper mit dem Hausrecht auf ihrer Seite. Manche Anstaltstypen, wie beispielsweise Flüchtlingsunterkünfte, Krankenhäuser, Gefängnisse oder Kasernen, erscheinen als besonders schwer zugänglich. Aber auch in Altenheimen entstehen potentiell Schwierigkeiten mit der Erreichbarkeit von Befragten, etwa wenn erst der gesetzliche Vormund um die Erlaubnis einer Teilnahme in einer Studie gebeten werden muss. Wenn ein Interview zustande kommt, ist vermehrt mit schwierigen Befragungssituationen zu rechnen, etwa aufgrund körperlicher oder kognitiver Einschränkungen, besonders in Altenheimen und Anstalten des Gesundheitswesens, oder mit sprachlichen und kulturellen Barrieren, etwa in Flüchtlingsunterkünften (Schanze & Levinson, 2019; UNECE, 2019). Im Angesicht dieser Mühen und potentiellen zusätzlichen Kosten erscheint die relative Größe dieser Bevölkerungsgruppe mit etwas mehr als 1 Prozent der Gesamtbevölkerung letztlich vielen Umfrageprojekten als vernachlässigbar.

Wie in den Grafiken 1 und 2 sehr deutlich wird, könnte die wahrgenommene Bedeutungslosigkeit der Anstaltsbevölkerung allerdings ein Trugschluss sein, denn sie ist in Deutschland wie in anderen europäischen Ländern sehr ungleich über die Alterskohorten verteilt. Besonders in der hochaltrigen

Bevölkerung erreicht die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften Anteile von über 10 Prozent. Tatsächlich decken einige Umfrageprojekte zumindest Teile der Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften ab. Der *Survey of Health, Ageing, and Retirement in Europe* (SHARE) befragt Personen in deutschen Alten- und Pflegeheimen. Das *Sozio-oekonomische Panel* (SOEP) begann im Jahr 2016 gemeinsam mit dem IAB und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine groß angelegte Panelbefragung von Flüchtlingen und rekrutierte diese auch in Gemeinschaftsunterkünften. Und auch die groß angelegte Gesundheitsstudie *Nationale Kohorte* (NaKo) gibt an, Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften nicht von Untersuchungen ausschließen zu wollen.<sup>3</sup> Die umfassendste, regelmäßige Erhebung von Daten über Bewohner in *unterschiedlichen* Anstaltstypen erfolgt in Deutschland über den jährlich erhobenen Mikrozensus. Er hat mit seiner ungleich größeren Stichprobe zudem den Vorteil, dass Forschende eine ausreichend große Anzahl an Befragten in den Daten vorfinden. Für die nachfolgenden Analysen wurden zwei Datensätze des Mikrozensus (Scientific Use Files) analysiert (FDZ des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter, 1982, 2014). Die Ergebnisse aus dem Mikrozensus 2014 wurden über ein bereitgestelltes Hochrechnungsge- wicht gewichtet.

### 1982 - Die letzte Erhebung der Anstaltstypen im Mikrozensus

Die Art der Gemeinschaftsunterkunft ist eine Information von elementarer Bedeutung angesichts der großen Heterogenität der Anstaltsbevölkerung. Bedauerlicherweise ist diese Variable laut Definition des Statistischen Bundesamts kein Erhebungsmerkmal im deutschen Zensus und wurde entsprechend bei der letzten Durchführung des Zensus im Jahr 2011 nicht gespeichert oder veröffentlicht. Auch im Mikrozensus wurde letztmalig im Jahr 1982 die Zugehörigkeit der Bewohner zu bestimmten Typen von Gemeinschaftsunterkünften erfasst und veröffentlicht.

Wie Tabelle 1 verdeutlicht, zeigte

**Tabelle 1** Alter, Geschlecht und Verteilung der Anstaltsbevölkerung auf verschiedene Anstaltstypen 1982

	Anteil (%)	Alter		Anteil der Frauen (%)
		Durchschnitt	Standardabweichung	
Altenheime	27,1	77,2	12,2	76,0
Krankenhäuser / Gesundheitsanstalten	21,7	44,0	21,4	59,2
Arbeiterwohnheime	13,3	37,1	15,7	26,6
Bildungsanstalten	12,6	24,8	14,9	45,6
Militäranstalten	9,1	21,7	3,4	0,0
Kinder- und Jugendheime	4,2	15,6	9,2	37,0
Flüchtlingsunterkünfte	3,9	26,7	12,7	29,0
Religiöse Anstalten	3,5	50,9	22,7	66,8
Gefängnisse	3,1	32,3	10,4	0,0
Wohnungslosenunterkunft	1,5	44,4	11,1	0,0
Summe	100 (N = 6295)	45,6	26,1	47,7

Datenbasis: Mikrozensus 1982 (Scientific Use File), eigene Berechnungen

sich im Mikrozensus 1982 zwischen den meisten Anstaltstypen eine vergleichsweise trennscharfe Abgrenzung der Bewohner im Hinblick auf das Alter und Geschlecht. Fast 70 Prozent aller Bewohner in Altenheimen waren Frauen älter als 66 Jahre. In Bildungsanstalten lebten vorwiegend Bewohner die jünger als 30 Jahre alt waren (trifft auf 81,4% zu), Gefängnisse und Militäranstalten beherbergten laut Mikrozensus ausschließlich Männer vorwiegend jungen Alters. Auch in Kinder- und Jugendheimen wurde, wie zu erwarten, ein sehr niedriges Durchschnittsalter festgestellt. Die Bewohner von Wohnungslosenunterkünften waren im Jahr 1982 hingegen vorwiegend Männer mittleren Alters zwischen 30 und 65 Jahren (trifft auf 83,9% der Befragten zu). In Flüchtlingsunterkünften waren zwei Drittel der Befragten jünger als 30 Jahre, ein weiteres Drittel war zwischen 30 und 65 Jahre alt. Die Mehrheit der Bewohner in Flüchtlingsunterkünften war männlich. Insbesondere in Klöstern und anderen religiösen Anstalten und Krankenhäusern, sowie weniger deutlich in Arbeiterwohnheimen, waren die Bewohner im Hinblick auf Alter und Geschlecht hingegen stärker durchmischt.

### Die Entwicklung der Anstaltsbevölkerung über die Zeit

Im Jahr 1982 lebten laut Mikrozensus insgesamt 1,4 Prozent der deutschen Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften.

Dieser Wert blieb in den 1980er Jahren recht konstant, sank bis Ende der 1990er Jahre auf unter 1 Prozent, ehe er wieder langsam anstieg, auf 1,1 Prozent in 2014.

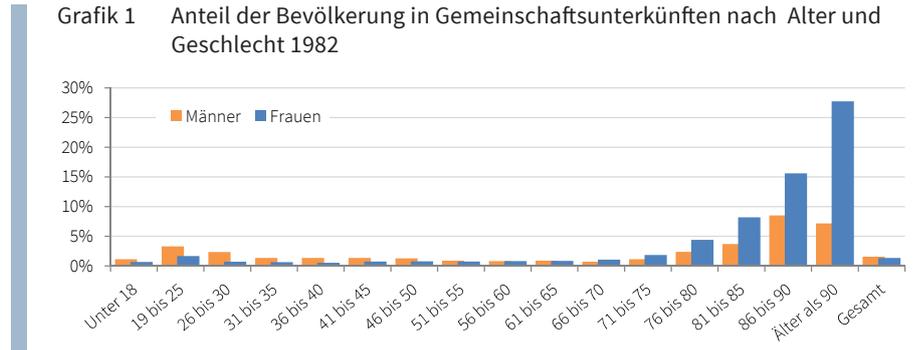
Die Gesamtwerte verdeutlichen die geringe Größe der Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften, verdecken allerdings auch starke Unterschiede der Anteile in unterschiedlichen Alterskohorten. Wie Grafik 1 zeigt, lebte im Jahr 1982 ein kleiner Anteil der jungen Männer und ein geringerer Anteil der jungen Frauen in Gemeinschaftsunterkünften. Dies waren vor allem Bewohner von Kinder- und Jugendheimen, Bildungsanstalten für behinderte und nicht-behinderte Kinder und Kasernen, die durch die allgemeine Wehrpflicht gefüllt wurden. In den älteren Alterskohorten zwischen 30 und 70 Jahren sank der Anteil der Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften deutlich ab. Nur 1 Prozent oder weniger dieser Altersgruppen lebten im Jahr 1982 in Anstalten, jedoch steigt der Anteil der Anstaltsbevölkerung deutlich mit jeder weiteren Alterskohorte jenseits der 70 Jahre.

Im Vergleich zum Mikrozensus im Jahr 1982 verzeichnete die Erhebung im Jahr 2014 deutlich weniger männliche Bewohner jungen Alters in Gemeinschaftsunterkünften. Da leider nach 1982 keine Informationen über die Anstaltstypen erhoben wurde, kann nicht mit absoluter Sicherheit gesagt werden, ob die Auflösung bestimmter Anstaltstypen für den Rückgang der Zahlen verantwortlich ist

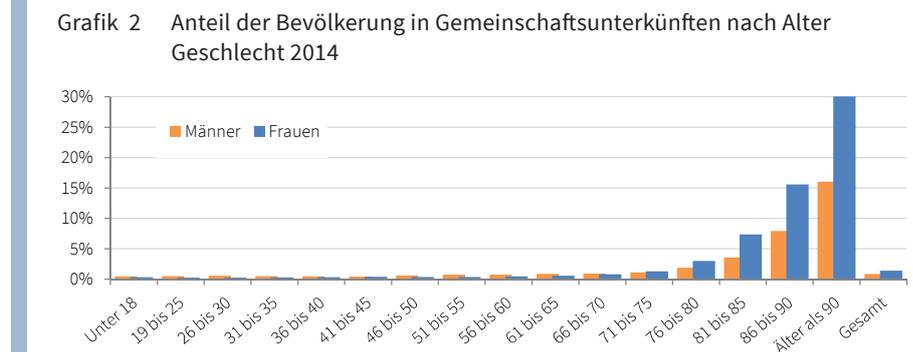
oder der Anteil der Bevölkerung in allen Gemeinschaftsunterkünften gleichermaßen zurückgegangen ist. Jedoch ist zu vermuten, dass bestimmte Anstaltstypen wie Arbeiterwohnheime (vgl. Schnell 1991) oder Kasernen, mit der Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht, einen deutlichen Rückgang erfahren haben.

Deutlich wird im Vergleich zwischen den beiden Jahren zudem die Stabilität des hohen Anteils an älteren Bewohnerinnen in Gemeinschaftsunterkünften. Lediglich in der ältesten Kohorte ab 91 Jahren lebte im Jahr 2014 ein größerer Anteil der Frauen in Gemeinschaftsunterkünften als im Jahr 1982. Stärkere Veränderungen zeigen sich hingegen bei den älteren Männern. Der Anteil der Männer in Gemeinschaftsunterkünften innerhalb der ältesten Kohorte hat sich zwischen 1982 und 2014 verdoppelt. Der höhere Anteil der institutionalisierten Frauen im Alter lässt sich in vielen multivariaten Analysen auch auf den Familienstand, den Gesundheitszustand und die sozialen Netzwerke zurückführen (Klein, 1998; Nöel-Miller, 2010).

Auf Basis der Ergebnisse in Tabelle 1 werden die Befragten des Mikrozensus für die folgenden Analysen in drei Altersgruppen eingeteilt. Diese Einteilung wird in Tabelle 2 dargestellt und soll den Einfluss der erwarteten Varianz aufgrund sehr unterschiedlicher Typen von Gemeinschaftsunterkünften mildern. Auch in der Summe zeigt sich, dass der Anteil der jungen Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften rückläufig ist, wohingegen der Anteil der älteren Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften



Datenbasis: Mikrozensus 1982 (Scientific Use File), eigene Berechnung



Datenbasis: Mikrozensus 2014 (Scientific Use File), eigene Berechnungen

zwischen 1982 und 2014 angestiegen ist. Wichtig ist auch das durchschnittliche Alter innerhalb der drei Altersgruppen, da dies Einfluss auf bestimmte Variablen nehmen kann. Während in der mittleren Altersgruppe das Durchschnittsalter in beiden Jahrgängen sehr ausgeglichen ist, sind institutionalisierte Befragte in der jungen Altersgruppe mit Mittel leicht älter, in der ältesten Altersgruppe sogar deutlich älter als ihre Altersgenossen in Privathaushalten. In der alten Altersgruppe ist zudem das Durchschnittsalter in beiden Populationen deutlich ange-

stiegen, in den Gemeinschaftsunterkünften immerhin um 4 Jahre im Mittel.

### Demografische Merkmale

Im Folgenden soll die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften im Hinblick auf eine Reihe demografischer und sozio-ökonomischer Merkmale mit der Bevölkerung in Privathaushalten verglichen werden und festgestellt werden, ob sich Zusammenhänge über die Zeit verändert haben.

Als demografische Merkmale werden der Familienstand und die Staatsangehörigkeit der Befragten betrachtet. Grafik 3 stellt den Familienstand der Bevölkerung in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften für 1982 und 2014 dar. Die beiden oberen Balken zeigen jeweils die Werte aus dem Jahr 2014, die unteren Balken stellen die Ergebnisse des Mikrozensus 1982 dar.

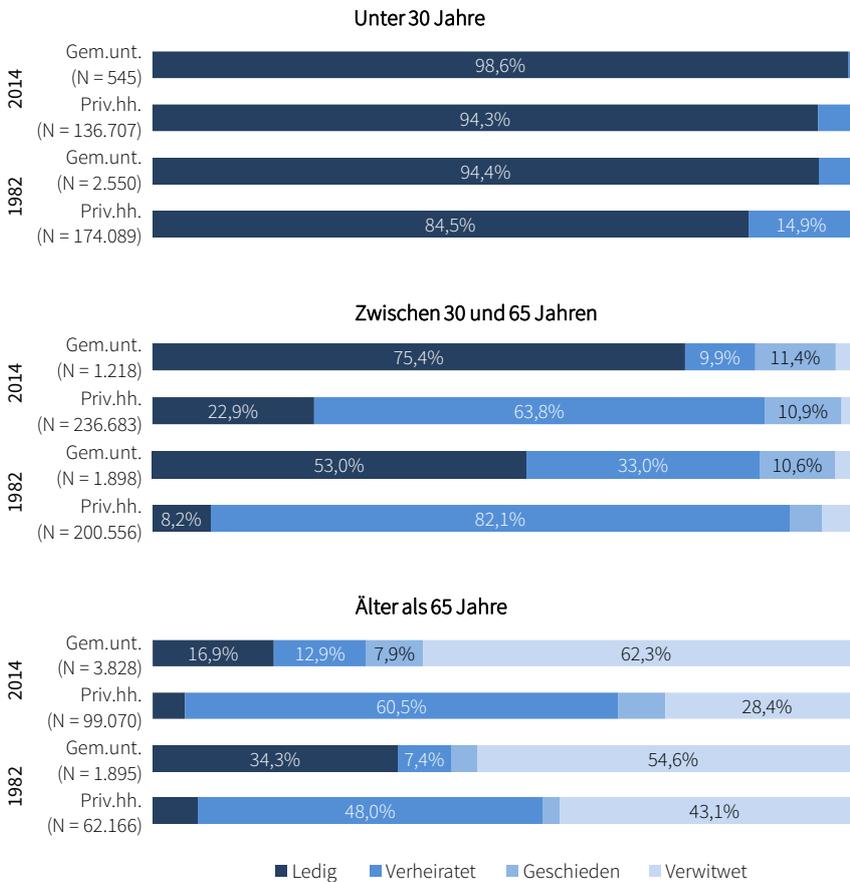
Wenig überraschend gibt es starke allgemeine Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Eine Mehrzahl der jungen Befragten war zum Zeitpunkt der Befragung ledig, wohingegen ein großer Anteil der älteren Befragten bereits verwitwet war. Interessant sind auch die Unter-

**Tabelle 2 Altersverteilung der Bevölkerung in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften 1982 und 2014**

	Jünger als 30 Jahre		30 bis 65 Jahre		Älter als 65 Jahre		
	Anteil (%)	Mittelwert in Altersgruppe	Anteil (%)	Mittelwert in Altersgruppe	Anteil (%)	Mittelwert in Altersgruppe	
1982	Privathaushalte	98,6	15,9	99,1	46,4	97,0	73,9
	Gem.unterk.	1,4	19,8	0,9	45,7	3,0	80,1
	Summe	100,0	15,9	100,0	46,4	100,0	74,0
	Fallzahl	176.639		202.454		64.061	
2014	Privathaushalte	99,6	15,7	99,5	47,8	96,3	75,6
	Gem.unterk.	0,4	17,6	0,5	49,9	3,7	84,0
	Summe	100,0	15,7	100,0	47,8	100,0	75,9
	Fallzahl	142.744		238.672		96.635	

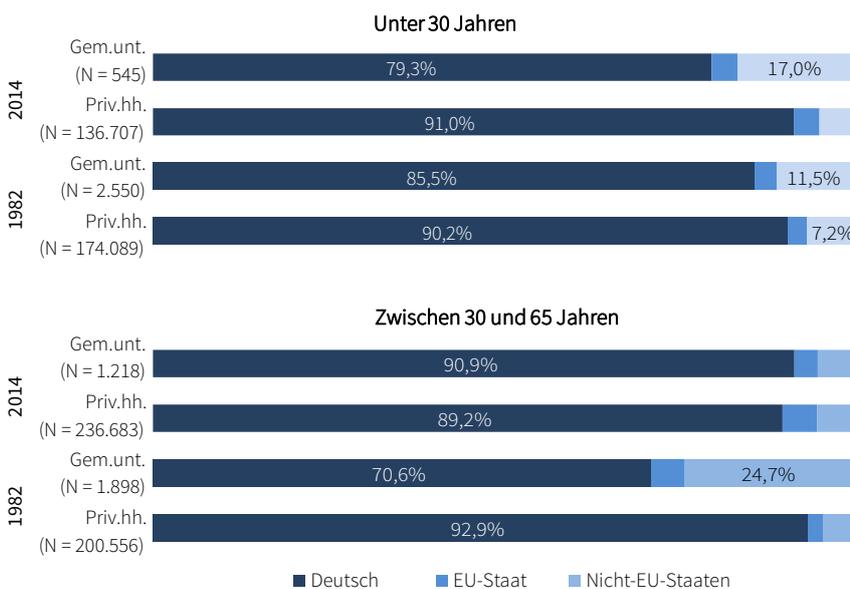
Datenbasis: Mikrozensus 1982/2014 (Scientific Use File), eigene Berechnung

**Grafik 3 Familienstand der Bevölkerung in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften 1982 und 2014**



Datenbasis: Mikrozensus 1982/2014 (Scientific Use File), eigene Berechnung

**Grafik 4 Staatsangehörigkeit der Bevölkerung in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften 1982 und 2014**



Datenbasis: Mikrozensus 1982-2014 (Scientific Use File), eigene Berechnung

nalisierte Befragte zwischen 30 und 65 Jahren waren im Jahr 2014 verheiratet oder bereits geschieden.

In der hochaltrigen Bevölkerung übt der Familienstand einen deutlichen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit einer Institutionalisierung aus. Die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften ist in beiden untersuchten Jahren deutlich seltener verheiratet und häufiger ledig oder verwitwet. Diese Zusammenhänge bleiben auch bestehen, wenn innerhalb dieser Altersgruppe für das genaue Alter der Befragten kontrolliert wird. Auch das höhere Durchschnittsalter im Vergleich zu 1982 führte 2014 zu einer höheren Quote an verwitweten Bewohnern in dieser Altersgruppe, wohingegen im Jahr 1982 noch mehr Bewohnerinnen und Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften ledig waren. Die Zahlen für diese Altersgruppe decken sich mit der Literatur, in der der Tod des Partners und das nachfolgende Leben ohne direktes Umfeld häufig einen Umzug in ein Alten- oder Pflegeheim erklärt (Laferrère, Heede & Bosch, 2012; Nöel-Miller, 2010).

Grafik 4 zeigt die Verteilung der Staatsangehörigkeit von Personen in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften in zwei Altersgruppen. Auffällig ist zunächst der hohe Wert der Personen aus der mittleren Alterskohorte mit einer Staatsbürgerschaft eines Nicht-EU-Landes im Jahr 1982. Zwar umfasste die Europäische Union in diesem Jahr deutlich weniger Länder als heute, dies ist allerdings nicht ausschlaggebend für den hohen Wert. Vielmehr handelt es sich vorwiegend um Personen aus der Türkei, Jugoslawien und nordafrikanischen Staaten, die in Arbeiterwohnheimen lebten. Diese Gruppe machte Dreiviertel der institutionalisierten Nicht-EU-Ausländer zwischen 30 und 65 Jahren aus, weitere Befragte lebten in Flüchtlingsunterkünften und Gesundheitsanstalten. In der jüngeren Alterskohorte hatte 1982 jeder Zehnte institutionalisierte Einwohner eine Staatsbürgerschaft eines Landes außerhalb der EU. Im Vergleich zur älteren Alterskohorte wohnte ein geringerer Anteil dieser Personen in Arbeiterwohnheimen (33,9%) und deutlich mehr Personen lebten in Flüchtlingsunterkünften (37,7%). Weitere 15,8 Prozent lebten in

schiede in der mittleren Altersgruppe. Eine deutliche Mehrzahl der Befragten in Gemeinschaftsunterkünften gab an,

ledig zu sein, der Anteil dieser Personen ist zwischen 1982 und 2014 deutlich gestiegen. Nur noch wenige institutio-

Anstalten des Bildungswesens.

Im Jahr 2014 unterschied sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Altersgruppe von 30 bis 65 Jahren nur unwesentlich zwischen Gemeinschaftsunterkünften und Privathaushalten. Nur noch 5,8 Prozent der institutionalisierten Bevölkerung besaß die Staatsbürgerschaft eines Landes außerhalb der EU, weitere 3,3 Prozent besaßen die Staatsbürgerschaft eines anderen EU-Staates. Dem gegenüber steht ein Wachstum der Anteile der jüngeren ausländischen Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften. Im Jahr 2017 hatte über 20 Prozent der Unter-30-Jährigen eine ausländische Staatsbürgerschaft. Die Nicht-EU-Bürger darunter kamen aus sehr unterschiedlichen Ländern, häufiger aus zentralafrikanischen Staaten, der Türkei, südostasiatischen Staaten und Afghanistan. Gut 11 Prozent der Personen wurde in Deutschland geboren, fast 76 Prozent sind jedoch innerhalb der 2 Jahre vor Erhebung der Daten eingewandert. Zumindest ein größerer Teil dieser Personen lebt vermutlich in Flüchtlingsunterkünften.

Die älteste Kohorte der Über-60-Jährigen wird in Grafik 4 nicht gezeigt, da sie kaum Varianz aufweist. Im Jahr 1982 hatte 99 Prozent dieser Bevölkerung eine deutsche Staatsbürgerschaft, unabhängig von der Wohnsituation. Auch wenn im Jahr 2014 bereits 4 Prozent der Bevölkerung in dieser Altersgruppe eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit hatten, lebten dennoch nahezu ausschließlich Deutsche in Gemeinschaftsunterkünften. 99,3 Prozent der hochaltrigen Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften hatte im Jahr 2014 eine deutsche Staatsbürgerschaft.

### Sozio-ökonomische Merkmale

Im Anschluss an demografische Merkmale werden einige wenige sozio-ökonomische Merkmale in den Blick genommen. Es wurde bereits die Vermutung angestellt, dass Befragungen einen Teil der Bevölkerung am unteren Ende der Einkommensskala verpassen, wenn die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften ausgeschlossen wird (Isengard, 2002; Stauder & Hüning, 2004). Diese

**Tabelle 3 Erwerbsstatus der Bevölkerung in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften in den Jahren 1982 und 2014**

In (%)	1982		2014		
	Privathaushalte	Gemeinschaftsunterkünfte	Privathaushalte	Gemeinschaftsunterkünfte	
<b>Jünger als 30 Jahre</b>	Erwerbstätig	34,0	49,1	32,4	18,2
	Erwerbslos	2,8	3,7	2,4	0,2
	Nichterwerbstätig	63,1	47,2	65,2	81,6
	Summe	100,0	100,0	100,0	100,0
	Fallzahl	174.089	2.550	136.707	545
<b>30 bis 65 Jahre</b>	Erwerbstätig	65,4	52,2	78,0	28,6
	Erwerbslos	2,9	2,9	3,7	0,5
	Nichterwerbstätig	31,7	45,0	18,3	70,9
	Summe	100,0	100,0	100,0	100,0
	Fallzahl	200.556	1.898	236.683	1.218
<b>Älter als 65 Jahre</b>	Erwerbstätig	3,9	4,8	5,1	0,4
	Erwerbslos	0,0	0,0	0,0	0,0
	Nichterwerbstätig	96,1	95,3	94,9	99,6
	Summe	100,0	100,0	100,0	100,0
	Fallzahl	62.166	1.895	99.070	3.828

Datenbasis: Mikrozensus 1982/2014 (Scientific Use File), eigene Berechnung

Vermutung wird im Folgenden überprüft, zudem werden der Erwerbsstatus und die Einkommensquellen der beiden Populationen verglichen.

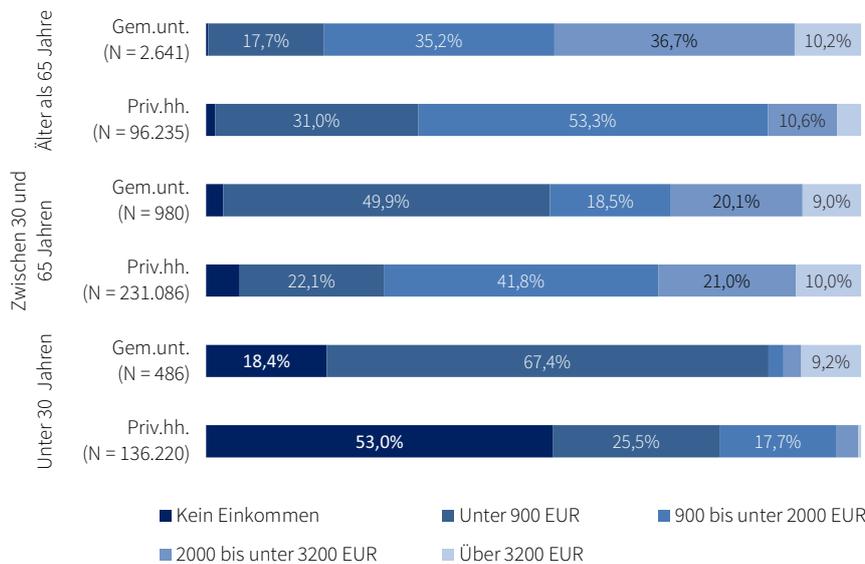
Tabelle 3 belegt einen deutlichen Rückgang der Erwerbstätigkeit in Gemeinschaftsunterkünften in allen Altersgruppen. War im Jahr 1982 die Erwerbsquote in Gemeinschaftsunterkünften in der jüngsten Altersgruppe noch höher als in Privathaushalten, hat sich dieser Zusammenhang im Jahr 2014 ins Gegenteil verkehrt. Nur noch 18,2 Prozent der Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften wurde als erwerbstätig gezählt. Die junge Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften ist offenbar nicht auf der Suche nach bezahlter Arbeit, sondern zählt in der deutlichen Mehrheit zur nichterwerbstätigen Bevölkerung (81,6%). Fast Zweidrittel dieser Gruppe sind aufgrund eines aktuellen Schulbesuchs nichterwerbstätig und 45 Prozent der Gruppe ist jünger als 16 Jahre.

Der Rückgang der Erwerbstätigkeit in der mittleren Alterskohorte ist wohl unter anderem auf den Rückgang der Arbeiterwohnheime zurückzuführen (vgl. Schnell 1991). Die Nichterwerbstätigkeit dieser Gruppe ist in den Gemeinschafts-

unterkünften häufig mit dem Bezug von Pflegegeld (34% dieser Gruppe) und Rentenbezügen (39%), beziehungsweise einer Kombination aus beiden (bei 18,5% dieser Gruppe zutreffend) zu erklären. In der ältesten Altersgruppe ist die niedrigere Erwerbstätigkeit teilweise auf das höhere Durchschnittsalter der Anstaltsbevölkerung zurückzuführen. Allerdings bleibt ein Effekt der Wohnsituation auch bestehen, wenn für das Alter in dieser Gruppe kontrolliert wird.

Das Haushaltsnettoeinkommen der Befragten im letzten Monat (Grafik 5) sollte mit Vorsicht interpretiert werden, da in Gemeinschaftsunterkünften nicht für die Haushaltsgröße kontrolliert werden kann.<sup>4</sup> Gerade in Kombination mit der Haupteinkommensquelle (Tabelle 4) sind jedoch einige interessante Beobachtungen möglich. So zeigen sich im Jahr 2014 Unterschiede innerhalb der Altersgruppen. In der jüngsten Altersgruppe verfügt ein deutlich höherer Anteil der Befragten in Gemeinschaftsunterkünften über ein gewisses monatliches Einkommen. Diese Beobachtung muss allerdings relativiert werden, da ein großer Anteil (33,7%) der Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften lediglich über ein Einkommen von bis zu 150 Euro

**Grafik 5 Die Verteilung des Haushaltsnettoeinkommens im letzten Monat in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften 2014**



Datenbasis: Mikrozensus 2014 (Scientific Use File), eigene Berechnung

verfügt. Auffällig ist dennoch, dass ein kleiner Anteil der jungen Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften ein höheres Einkommen zwischen 3.200 und 5.000 Euro zur Verfügung hat. Möglicherweise liegt hier eine Messungenauigkeit vor, etwa wenn das Einkommen der Eltern zum Einkommen der Personen in Gemeinschaftsunterkünften hinzuge-rechnet wird, da sie als Kinder nicht als separater Haushalt gewertet werden.<sup>5</sup>

Tabelle 4 zeigt die Quellen der Einkommen für die drei Altersgruppen. Es zeigt sich, dass die junge Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften seltener von Angehörigen (bspw. Eltern) abhängt und häufiger Sozialhilfe bezieht. In den untersten beiden Einkommensgruppen

bis zu 900 Euro hängt die Bevölkerung in Privathaushalten zu 80 Prozent von Einkünften der Eltern ab, in Gemeinschaftsunterkünften ist dies nur bei 31 Prozent der Fall. Weitere 53 Prozent in dieser Gruppe beziehen Sozialhilfe, Stipendien, Geld aus der Pflegeversicherung oder Pflegegeld für Pflegekinder. Die Einkommensquellen sind auch bei höheren Einkommen zwischen 3.200 und 5.000 Euro nicht bedeutend anders. Dies erhärtet den Verdacht, dass für diese Personen tatsächlich das Einkommen der Eltern, beispielsweise über deren Proxy-Angaben, angegeben wird.

In der mittleren Alterskohorte verfügt die Bevölkerung in Privathaushalten wie in der Literatur vermutet über ein große-

res Einkommen als die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften. Nur jeder vierte Bewohner in Privathaushalten verfügt über weniger als 900 Euro im Monat, während dies für jeden zweiten Befragten in Gemeinschaftsunterkünften der Fall ist. Die Verteilung der Kategorien über 2.000 Euro ist hingegen sehr ähnlich zwischen beiden Populationen. Deutliche Unterschiede zeigen sich in den Quellen des Lebensunterhalts. Während sich über 70 Prozent dieser Altersgruppe in Privathaushalten über die eigene Erwerbstätigkeit unterhält, ist dies lediglich für 12,5 Prozent der Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften der Fall (s. Tabelle 4). Die Haupteinkommensquellen sind hier Sozialhilfe oder die Grundsicherung im Alter (47%) und Renten und Pensionen (17,4%). Fast ein Drittel der Befragten bezieht zudem Pflegegeld, was in Privathaushalten in dieser Altersgruppe bei lediglich 0,5 Prozent der Fälle vorkommt.

In der Gruppe der Personen über 65 Jahren verfügt die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften hingegen trotz ihres höheren Durchschnittsalters über ein größeres Einkommen als die Bevölkerung in Privathaushalten. Dort beziehen rund 86 Prozent der Befragten ein Einkommen unter 2.000 Euro im Monat, in Gemeinschaftsunterkünften ist das nur bei 53 Prozent der Befragten der Fall. In Gemeinschaftsunterkünften liegen weitere 46 Prozent in den Kategorien zwischen 2000 und 5000 Euro. Die Einkommensquellen unterscheiden sich weniger stark zwischen beiden Populationen. Über 80 Prozent der Befragten in beiden Populationen beziehen ihr Einkommen hauptsächlich aus öffentlichen Renten und Pensionen. Zusätzlich beziehen 74 Prozent der Befragten in Gemeinschaftsunterkünften und 4,8 Prozent der Personen in Privathaushalten Pflegegeld. Jeder zehnte Befragte in Gemeinschaftsunterkünften bezog zudem Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter, oder Hilfe zur Pflege. Das Einkommen dieser Befragten zeigt keine klare Tendenz und verteilt sich über alle Einkommenskategorien.

**Tabelle 4 Überwiegender Lebensunterhalt in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften 2014**

In (%)	Unter 30 Jahren		30 bis 65 Jahre		Älter als 65 Jahre	
	Priv.hh.	Gem.unt.	Priv.hh.	Gem.unt.	Priv.hh.	Gem.unt.
Eigene Erwerbstätigkeit	27,8	8,8	71,8	12,5	1,6	0,1
Rente, Pension	0,3	1,3	8,7	17,4	88,5	82,5
Einkünfte von Angehörigen	63,5	26,2	10,0	5,3	7,4	1,9
Eig. Vermögen, Vermietung, etc.	0,2	0,0	0,8	0,1	1,5	2,1
Sozialhilfe <sup>6</sup>	0,5	42,0	0,8	46,9	0,9	9,4
Arbeitslosengeld <sup>7</sup>	4,8	4,1	6,5	5,5	0,1	0,3
Sonstige Unterstützungen <sup>8</sup>	2,9	17,7	1,4	12,4	0,1	3,8
Summe	100	100	100	100	100	100
Fallzahl	136.707	545	236.683	1.218	99.070	3.828

Datenbasis: Mikrozensus 2014 (Scientific Use File), eigene Berechnung

## Zusammenfassung und Ausblick

Der vorliegende Artikel beleuchtete

verschiedene Eigenschaften der Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften im Vergleich zur Bevölkerung in Privathaushalten und Veränderungen über die Zeit. In den meisten großen Umfrageprojekten werden Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften von der zu befragenden Grundgesamtheit bewusst ausgeschlossen. Grund hierfür ist die Annahme, dass Personen in Gemeinschaftsunterkünften schwerer erreichbar und schwerer befragbar sind. Tatsächlich wurden auch im Mikrozensus 2014 bei fast 80 Prozent der Befragungen in Gemeinschaftsunterkünften dritte Personen beteiligt, was nur bei knapp 20 Prozent der Befragungen in Privathaushalten der Fall war. Dennoch, die Beispiele einzelner Befragungen zeigen, dass Interviews in Gemeinschaftsunterkünften durchaus möglich sind (vgl. Schanze & Levinson, 2019).

Die vorliegende Analyse verwendete Daten zweier Jahrgänge des deutschen Mikrozensus zur Beschreibung dieser vernachlässigten Bevölkerung. Im Gegensatz zu nahezu allen Umfragen umfasst der Mikrozensus bis heute Bewohner verschiedener Anstaltstypen. Zudem sind die Größe der Stichprobe, die Verpflichtung der Befragten zur Beantwortung der Frage und der Einsatz von Proxy-Interviews große Vorteile dieser Datenquelle für die Analyse der Anstaltsbevölkerung. Ein Nachteil des Mikrozensus ist die Beschränkung auf demografische und sozio-ökonomische Variablen und die Abwesenheit jeglicher Fragen zu Einstellungen oder dem Verhalten der Befragten. Fehlende Informationen zu der tatsächlichen Haushaltsgröße in Gemeinschaftsunterkünften, beziehungsweise zu der Aufteilung des Einkommens innerhalb von Haushalten haben sich in dieser Analyse ebenfalls als Beschränkungen des Mikrozensus erwiesen.

Die hier gezeigten Ergebnisse verdeutlichen die große Heterogenität der Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften, insbesondere in jungen und mittelalten Altersgruppen. Mit steigendem Alter lebt ein immer größerer Anteil der Bevölkerung in Alten- und Pflegeheimen. Der Vergleich mit der Bevölkerung in Privathaushalten zeigt einige deutliche

Unterschiede, etwa in Bezug auf den Familienstand, die Erwerbstätigkeit und das Einkommen und seine Quellen. Insgesamt zeigt die Analyse, dass allgemeine Aussagen, etwa über das Einkommen der Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften, sehr schwierig sind, da die Heterogenität dieser Population ein wichtiges Merkmal ist.

Der Vergleich von Daten aus den Jahren 1982 und 2014 legt eine recht hohe Stabilität der Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften nahe (vgl. auch Schnell 1991). Dennoch zeigen sich gesellschaftliche Veränderungen auch in der Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften. Exemplarisch seien hier der Anstieg der Lebenserwartung genannt und der Anstieg der männlichen Bevölkerung in Altenheimen. Die Abnahme der Erwerbstätigkeit in Gemeinschaftsunterkünften deutet auf das Verschwinden bestimmter Typen von Anstalten hin, während der stärkere Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland ein Anwachsen dieser Gruppe in Gemeinschaftsunterkünften bewirkt hat, der auch ein stärkeres Interesse von Umfrageprojekten nach sich gezogen hat. Bis zum Jahr 2040 ist mit dem demografischen Wandel und der Alterung geburtenstarker Jahrgänge mit einem weiteren Anwachsen der hochaltrigen, pflegebedürftigen Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften und Privathaushalten zu rechnen (Rodrigues, Huber & Lamura, 2012).

Wenn allgemeine Umfrageprojekte die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften außen vor lassen, entsteht aufgrund dieser und weiterer Besonderheiten der ausgeschlossenen Bevölkerung die Gefahr einer Verzerrung. Diese Gefahr wächst deutlich bei der Analyse älterer Altersgruppen in Deutschland (Schanze & Zins, 2019; UNECE, 2019). Die institutionalisierte Bevölkerung in jüngeren Alterskohorten ist eher für Projekte mit spezifischen Forschungsinteressen relevant. Je nach Forschungsfrage können Gefängnisinsassen, Bewohner von Studentenwohnheimen oder Flüchtlingsunterkünften ein wichtiger Teil der Zielpopulation sein. Für allgemeine Bevölkerungsumfragen ist besonders die Größe und Andersartigkeit der älteren Bevölkerung in Gemeinschaftsunter-

künften relevant. Bemühungen, sich auf diesen Teil der Bevölkerung einzustellen, können Forschungsprojekten auch bei Umfragen in Privathaushalten sehr weiterhelfen. Denn die Zahl der potentiellen, pflegebedürftigen Befragten in Privathaushalten ist in Deutschland etwas größer als die Zahl der Personen in Alten- und Pflegeheimen (Rodrigues et al., 2012, S. 84).

## Referenzen

- Bajekal, M., Wheller, L. & Dix, D. (2006). *Estimating residents and staff in communal establishments from the 2001 Census* (Health statistics quarterly No. 31).
- FDZ des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter. (1982). *Mikrozensus 1982, Scientific Use File (SUF)*. <https://doi.org/10.21242/12211.1982.00.00.3.1.0>
- FDZ des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter. (2014). *Mikrozensus 2014, Scientific Use File (SUF)*. <https://doi.org/10.21242/12211.2014.00.00.3.1.0>
- Geiger, M., & Styhler, D. (2012). *Zensus 2011 : Erhebungsteil Sonderbereiche*. Bayern in Zahlen (5).
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. (2019). Missy - Metadata for Official Statistics: Erhebung Mikrozensus. Retrieved April 1, 2019, from [www.gesis.org/missy/metadata/MZ/](http://www.gesis.org/missy/metadata/MZ/)
- Isengard, B. (2002). *Machbarkeitsstudie zur Erhebung einkommensschwacher und einkommensstarker Haushalte im Sozio-Oekonomischen Panel (SOEP)*.
- Klein, T. (1998). Der Heimeintritt alter Menschen und Chancen seiner Vermeidung. *Zeitschrift Für Gerontologie Und Geriatrie*, 31(6), 407–416.
- Laferrère, A., Heede, Van Den, A. & Bosch, K. Van Den. (2012). Entry into institutional care: predictors and alternatives. In A. Börsch-Supan, M. Brandt, H. Litwin & G. Weber (Eds.), *Active ageing and solidarity between generations in Europe* (pp. 253–264). Berlin: De Gruyter.
- Nöel-Miller, C. (2010). Spousal Loss, Children, and the Risk of Nursing Home Admission. *Journals of Gerontology, Series B*, 65(3), 370–380.
- OECD. (2006). Glossary of statistical terms: Institutional households - Eurostat. Retrieved August 2, 2018, from <https://stats.oecd.org/glossary/detail.asp?ID=1372>
- Rodrigues, R., Huber, M. & Lamura, G. (2012). *Facts and Figures on Healthy Ageing and Long-term Care: Europe and North America*. Vienna: European Centre for Social

- Welfare Policy and Research.
- Schanze, J.-L. (2017). *Report on sampling practices for the institutionalized population in social* (Deliverable 2.16 of the SERISS project funded under the European Union's Horizon 2020 research and innovation programme GA No: 654221.). Retrieved February 1, 2017, from <https://seriss.eu/resources/deliverables/>
- Schanze, J.-L. & Levinson, M. (2019). *Report on what persons live in institutions and the most relevant institution types they live in, the availability of data to select them and their ability to be reached in practice* (Deliverable 2.17 of the SERISS project (GA No: 654221): forthcoming).
- Schanze, J.-L. & Zins, S. (2019). Undercoverage of the elderly institutionalized population: The risk of biased estimates and the potentials of weighting. *Surveying the Institutionalized population: Report on what persons live in institutions and the most relevant institution types they live in, the availability of data to select them and their ability to be reached in practice*. Retrieved April 5, 2019, from <https://surveyinsights.org/?p=10422>
- Schnell, R. (1991). Wer ist das Volk? Zur faktischen Grundgesamtheit bei „allgemeinen Bevölkerungserhebungen“: Undercoverage, Schwererreichbare und Nichtbefragbare. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 1(43), 106–137.
- Statistisches Bundesamt. (2018). *Statistisches Jahrbuch: Deutschland und International*. Statistisches Bundesamt (Destatis).
- Stauder, J. & Hüning, W. (2004). Die Messung von Äquivalenzeinkommen und Armutsquoten auf Basis des Mikrozensus. *Statistische Analysen Und Studien Nordrhein-Westfalen*, (Band 13).
- Tourangeau, R. (2014). Defining hard-to-survey populations. In R. Tourangeau, B. Edwards, T. Johnson, K. Wolter, & N. Bates (Eds.), *Hard-to-Survey Populations* (pp. 3–20). Cambridge (UK): Cambridge University Press.
- UNECE. (2019). *Recommendations for Measuring Older Populations in Institutions* (ECE/CES/STAT/2019/x No. forthcoming).
- United Nations. (2008). *Principles Recommendations Population Housing Censuses: Revision 2* (Series M No. 67/Rev.2). New York.
- 1 Dieser Beitrag wurde aus Mitteln des SERISS-Projektes ([www.seriss.eu](http://www.seriss.eu)) finanziert, das unter dem Horizont 2020 Programm der Europäischen Union gefördert wurde.
  - 2 Ausnahmen bilden hier separate, abgetrennte Privatwohnungen (etwa von Mitarbeitern der Institution) auf dem Gelände von Gemeinschaftsunterkünften, die unter Umständen fälschlicherweise mit den Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften vermischt werden könnten (Bajekal, Wheller, & Dix, 2006).
  - 3 Weitere Beispiele von Umfrageprogrammen in Deutschland und außerhalb Deutschlands sind im SERISS Survey Inventory einsehbar (Schanze, 2017).
  - 4 Die Berechnung eines Äquivalenzeinkommens, das die Größe des Haushalts berücksichtigt (vgl. Stauder & Hüning, 2004), ist leider für die Gemeinschaftsunterkünfte nicht möglich, da Informationen über die Zusammensetzung des Haushalts nur für die Privathaushalte vorliegen (GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2019) und bei der Haushaltsgröße die Größe der gesamten Gemeinschaftsunterkunft angegeben wurde (Für 80% der Fälle liegen die Werte zwischen 6 Personen und bis zu 59 Personen). Auch Informationen über das Einkommen des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt sind nicht für Gemeinschaftsunterkünfte verfügbar.
  - 5 65% der Befragten mit einem vergleichsweise hohen Einkommen in Gemeinschaftsunterkünften sind jünger als 18 Jahre alt.
  - 6 Bspw. Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung, Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege, laufende Hilfe zum Lebensunterhalt
  - 7 ALG I und ALG II, Sozialgeld
  - 8 Bspw. Elterngeld, BAföG, Vorruhestandsgeld, Stipendium, Pflegeversicherung, Asylbewerberleistungen, Pflegegeld für Pflegekinder oder -eltern

jan-lucas.schanze@gesis.org

doi: 10.15464/isi.62.2019.13-20

## Herausgeber

GESIS –  
Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften  
Wissenstransfer | Publikationen  
Postfach 12 21 55  
D-68072 Mannheim

## Redaktion

Dr. Stefan Weick  
  
Telefon 0621 / 12 46-0  
[www.gesis.org/isi](http://www.gesis.org/isi)

## Gestaltung

Bettina Zacharias  
GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft  
ISSN 0935-218X (Print)  
ISSN 2199-9082 (Online)